

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1932**

161 (13.7.1932)

# Volksfreund

TAGESZEITUNG DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10gepaltene Millimeterzeile kostet 12 P. ...

Unsere wöchentlichen Beilagen: Primat und Wandern ...

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, vierteljährlich 5,46 Mark ...

Nummer 161 Karlsruhe, Mittwoch, den 13. Juli 1932 52. Jahrgang

## Wirkungen der Baronsregierung

Der Naziterror wächst - Die Blutschuld der Hitlerhorden steigt - Nazibestialitäten bei Tag und Nacht  
Der Herr Baron bedauert - Die Uniformen bleiben

### Das Ausland über die schmachvollen deutschen Zustände

Schwerin, 12. Juli. Bei der Geschäftsstelle der sozialdemokratischen Zeitung Das freie Wort wurden heute früh sämtliche Schauenscheiben eingeschlagen; auch die Türen, die zu den Geschäftsräumen führen wurden demoliert, eine schwarz-rot-goldene Fahne wurde zerrissen. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Darmstadt, 12. Juli. Am frühen Sonntagabend geriet der 45jährige Zeitungsbedienter Walter aus Darmstadt bei Betreten einer Wirtschaft mit Nationalsozialisten in einen Wortwechsel und wurde vom Wirt aus dem Lokal verwiesen. Es folgten ihm zwei Gegner auf die Straße, wo der eine den Walter mit einem Faustschlag niederstreckte. Dabei schlug Walter mit dem Kopf derart auf einen Mauervorsprung, daß er an einem Schädelbruch im Krankenhaus am Montag früh starb. Die beiden Täter Bann und Hamberg, die der NSDAP-Motoristaffel angehören, kümmerten sich nicht um den schwer Verletzten, sondern kehrten in die Wirtschaft zurück, wo sie alsobald verhaftet wurden.

Frankfurt a. M., 12. Juli. In der Nähe von Nieder- und Ober- und zwei Jungsozialisten, die aus Frankfurt von einer Kundgebung heimkehrten, von einigen hundert Nazis von einem Motorrad gerissen und schwer mißhandelt. Ebenfalls in Nieder- und Ober- wurde ein Radfahrertrupp der Eisernen Front von Nazis mit eisernen Ketten und eisernen Stangen angegriffen, mißhandelt und seiner Fahne beraubt. In Ober- wurde ein anderer Trupp Anspäher Parteifreunde von Nazis aus dem Hinterhalt überfallen und blutig geschlagen. Auch sie befanden sich auf dem Heimwege von einer Kundgebung in Frankfurt a. M. Am Spielplatz in Zeilsheim wurden Mitglieder der Arbeiterjugend von einem Trupp Nazis, die planmäßig aus ihren Lokalen ausgerückt waren, überfallen und schwer mißhandelt.

Köln a. Rh., 12. Juli. (Eig. Bericht.) Als in Köln vor Durch- führung einer Wohnungsraumung, die von einer großen kommunistischen Menschenmenge mit Gewalt verhindert werden sollte, eine polizeiliche Abteilung von dreißig Mann eingesetzt wurde, wurden die Polizeibeamten mit sechs Schüssen empfangen. Außerdem wurden sie mit Flaschen bombardiert. Ein Polizeibeamter erhielt einen Schulterschuß. Die Polizei benutzte schließlich auch ihre Schusswaffe. Erstlich verletzt wurde jedoch niemand.

In dem Kölner Arbeiterrevierort Süß wurde die Polizei bei der Säuberung der Straßen von Ansammlungen, die sich gelegentlich eines Ausmarsches der SA-Abteilungen gebildet hatten, aus den Häusern mit Flaschen und Steinen beworfen, so daß die Beamten von der Schusswaffe Gebrauch machen. Zwei Leute erhielten Schüsse in den Oberarm und in die Hand. Eine Gruppe von 30 SA-Leuten fiel über einen Schwerverletzten her und mißhandelte ihn derart, daß er ins Krankenhaus geschickt werden mußte.

In Trier ist der Reichsbannerkamerad, der am Sonntag von Nazis durch fünf Schüsse verletzt worden war, gestorben. Die freien und christlichen Gewerkschaften haben dem Reichsinnenminister und dem Reichlichen Innenminister von diesem Mordverbrechen Kenntnis gegeben und entsprechende Maßnahmen gegen den Naziterror gefordert, andernfalls die Arbeiterschaft zum Streik ausgerufen sei.

Halle a. S., 12. Juli. (Eig. Bericht.) In Halle herrscht seit dem militärischen Überfall auf das Arbeiterheim in Halle anfänglich der Reichsbannerkulturbundgebung der reinste Wildwest-Zustand. Am hellen Tage, geschweige denn nachts sind die Träger der drei Pfeile ihres Lebens nicht sicher.

In der Nacht zum Dienstag wurden zwanzig Angehörige eines Reichsbanner-Spielmannszuges, die von einer Veranstaltung heimkehrenden, von zweihundert uniformierten und bewaffneten Notwehrmannschaften überfallen und furchtbar zugerichtet. Einem Teil wurden die Instrumente gestohlen. In verschiedenen Stellen wurde der Klempner ausgerissen und als Würstchengeschäft benutzt. Die Hitlerhorden kamen aus einer Versammlung, in der sie gegen roten Mord und Gummimäpkel protestierten. Der Nazibeauftraggeber Jordan hat dort Anweisung gegeben die SA-Versammlungsbesucher sollten, falls die Versammlung aufgelöst wurde, den Anwesenden der Polizei keine Folge leisten. Die beschlagnahmten Uniformen (Polizei), die er als Statisten bezeichnete, sollten in Massenmengenstellen werden. Ihre Namen seien in Kartotheken zusammengetragen. Weder bei dieser Bedrohung griff die Polizei durch, noch als Jordan das Notwehrrecht proklamierte mit der Aufforderung: Schlaht die Nazis, wo ihr sie trifft! Wie diese Aufforderung wirkte, sollte sich bald zeigen.

Am Dienstag nachmittag verlangten einige SA-Leute lateinisch die Herausgabe der letzten Nummer der Welt am Montag. In der Gitters Kaiserhofrechnung behandelt wird, aus dem von der Sozialdemokratie zu Wahlkreisamtsweiden gemieteten Fenster. Das rechte Ansehen wurde natürlich abgelehnt. Nach kurzer Zeit erschien ein Nazi-Überfallmann, dessen Bekleidung über abnungslos dem Schauenscheiben Stehenden herfiel, die Scheibe einschlug und

nach vollbrachter Tat wieder spurlos verschwand. Wie unbestimmt diese Gesellen in den Halleischen Straßen haufen, beweist, daß einem Straßenbahnwagen die Gleise verperrt wurden und sich niemand fand, der den Busfenster auch nur entgegentrat.

Wismar, 12. Juli. In der heutigen Stadtverordnetenversammlung kam es zwischen linksgerichteten Abgeordneten und Nationalsozialisten zu schweren Schlägereien, bei denen Tische und Stühle als Schlagwaffen dienten. Den Anlaß hatte ein Nationalsozialist gegeben, der einem Sozialdemokraten einen Schlag ins Gesicht versetzt hatte. Die Polizei mußte die Ruhe wieder herstellen.

Elberfeld, 12. Juli. In Elberfeld kam es am Montagabend zwischen Mitgliedern der politischen Parteien zu schweren Auseinandersetzungen. Ein Nationalsozialist gab sechs Schüsse ab, durch die fünf Personen, darunter eine Frau, verletzt wurden. Der Täter flüchtete, konnte aber von der Polizei festgenommen werden. Er gibt an, in Notwehr gehandelt zu haben, da er von Reichsbannerleuten bedroht worden sei.

Einem neuen Beweis für die „Anschuldung“ der Schüchlinge und Pfeilgeißler des Freiberrn und gegenwärtigen Innenministers von

### Blutbilanz eines Sonntags

Erst jetzt ließ sich das Ergebnis des letzten blutigen Wahlsamstags in seinem ganzen Umfange übersehen. Dieses Ergebnis ist erschreckend. Wir registrieren:

Dhau	4 Tote, 34 Verletzte
Ederndorf	2 Tote, 1 tödlich Verletzter
Ganß (Schlesien)	18 Verletzte
Kajfel	1 Toter, 12 Verletzte
Gnadenfrei (Schlesien)	1 Toter
Reichenbach (Schlesien)	14 Verletzte
Dessau	1 Toter, 7 Verletzte
Trier	1 Toter, 6 Verletzte
Duisburg-Hamborn	2 Tote, 7 Verletzte
Darmstadt	1 Toter
Planen	1 Toter
Bremen	1 Toter
Köln	1 Toter
Clausdorf	1 Toter

Die Blutbilanz dieses Sonntags, die wir bei Schwer- und Leichtverwundeten nicht vollständig wiedergeben konnten, umfaßt 17 Tote und 191 Verwundete.

### Wels und Breitscheid bei Gayl

Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wels und Dr. Breitscheid wurden am Dienstag nachmittag bei dem Reichsinnenminister Freiherrn von Gayl vorstellig, um ihn angesichts der Blutbilanz der letzten Tage noch einmal auf das Anwachsen des SA-Terrors hinzuweisen. Die Abgeordneten machten Herrn von Gayl mit Nachdruck darauf aufmerksam, daß weiteres Verharren der Reichsregierung in Untätigkeit zu Folgen führen müsse, für die die Reichsregierung die Verantwortung zu tragen habe.

Dazu meldet W.B.: Der Reichsinnenminister empfing auf ihren Antrag die Vorstandsmitglieder der SPD, die Abgg. Wels und Dr. Breitscheid, die dem Minister das von der Partei gesammelte Material über die politischen Zusammenstöße der letzten Zeit überreichten. Die Herren machten weiter darauf aufmerksam, daß sie die Lage in Deutschland im Augenblick als besonders ernst ansähen und forderten Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ruhe und Sicherheit. Insbesondere stellten sie die Wiedereinführung des Uniformverbots als notwendig hin.

Der Minister erklärte, daß er Provokationen, von welcher Seite sie auch kämen, mißbillige und auf das Außerfrühe bedauere, daß es infolge solcher Provokationen zu blutigen Zusammenstößen gekommen sei. Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sei jedoch zunächst Sache der Landesbehörden. Das Reichskabinett werde, nachdem nunmehr der Reichstanzler zurückgekehrt sei, zu der innenpolitischen Lage alsbald Stellung nehmen. Die Wiedereinführung des Uniformverbots lehnte der Minister ab.

Gayl lieferte ein Mordversuch an dem Vorstandsmitglied des Berliner Reichsbanners Max Wölffel.

Am Dienstag früh um 4.30 Uhr, als sich der 55jährige Reichsbannerkamerad zur Arbeit begeben wollte, wurde er in der Nähe seiner Wohnung von zwei SA-Leuten hinterhältig überfallen. Die uniformierten Totschläger drehten ihm die Arme auf den Rücken und warfen ihn zu Boden. Im gleichen Augenblick stritzten aus einer in der Nähe befindlichen SA-Kaserne etwa zehn Leute, die den Wehrlosen mit Schlagringen, Eisenstangen und Knüttel bearbeiteten. Dem ohnmächtig daliegenden Arbeiter wurde buchstäblich der Unterkiefer abgeschlagen, ein Bein gebrochen und zahllose Tritte gegen Leib und Kopf mit dem Stiefelabsätzen versetzt. Als einige Passanten zu Hilfe eilten, flüchteten die Mörder in die SA-Kaserne, holten Verstärkungen, die mit geladenen Pistolen gegen die Passanten anrückten. Eine Polizeistreife vertrieb den Zug und konnte einige bewaffnete Streife festnehmen. Alle Zeugen berichteten übereinstimmend, daß der vielschichtige Überfall planmäßig ausgeführt wurde. Die beiden ersten Hilferufenden hatten lange vorher Wache gestanden, bis der Ueberfallene aus seiner Wohnung heraustrat.

### Das Ausland zu den Zuständen der Schmach in Deutschland

Die gesamte ausländische Presse widmet den zum Bürgerkrieg abgebrochenen Vorgängen in Deutschland seit Tagen die größte Aufmerksamkeit und breitet den Raum. So veröffentlicht beispielsweise der Manchester Guardian einen Artikel mit der Überschrift „Die Nazitruppen in Berlin“. In diesem von dem Berliner Korrespondenten geschriebenen Bericht heißt es:

„Berlin gleicht einer von einer fremden Armee okkupierten Stadt. Die SA-Männer marschieren in ihren gelbbraunen Uniformen durch die Straßen, selbstbewußt und arrogant, in ganzen Abteilungen oder in einzelnen Trupps. Ihre Karriere eilen auf Fahrrädern oder Motorrädern einher, ihre Offiziere in Automobilen. Wer Zeuge des Aufrümmens der Franzosen gewesen ist, dem wird diese Belegung des Ruhrgebietes hier in Erinnerung gerufen, wenn er jetzt Berlin besucht; mit dem einzigen Unterschied, daß das Benehmen der Franzosen besser gewesen ist, als das der SA-Männer. — Die französischen Offiziere waren höflicher. Gewiß haben damals die Franzosen Ausschreitungen begangen, aber es gab weder eine tägliche Riste von Exzessen, wie es jetzt hier der Fall ist, noch haben die Franzosen vollkommen unschuldige Menschen aus reinem Mordurteil beleidigt und geschlagen.“

Diese SA-Männer sind viel besser mit den Separatisten des Rheinlandes zu vergleichen, die im Einverständnis mit den Franzosen während des Jahres 1923 die rheinischen Städte durchstreiften und die Haltung der deutschen Regierung gleich sehr der französischen.“

Der Bericht sagt dann, so wie die damalige französische Regierung zur „Rheinischen Republik“ stand, nicht aufragend und nicht abgeneigt, so stehe die heutige deutsche Regierung zum „Dritten Reich“. Dort Sympathie mit den rheinischen Separatisten — hier Sympathie mit den SA-Männern. Aber hier wie dort, Separatisten oder SA.: Es seien in der Hauptfrage Männer der Unterwelt (Gangster) und zu nichts gut. „Genau wie die Separatisten“, heißt es dann im Manchester Guardian weiter, „sind die SA-Männer mehr als eine öffentliche Belästigung, sie sind eine Plage, auf die sich ein Satz konzentriert, der allein durch die grobe Disziplin der reichlichen Verdüsterung in Schranken gehalten wird.“

### Tagesschau

Paris, 12. Juli. Wie Savas aus Rio de Janeiro berichtet, sind alle Zahlungsverpflichtungen Brasiliens bis 31. August um 14 Tage suspendiert worden.

Washington, 12. Juli. Gegen die im Plenum des Senats angenommene Ratifikationsvorlage des Senators Wagner, die einen Betrag von 2,1 Milliarden Dollar für öffentliche Bauarbeiten vorläß, hat Präsident Hoover sein Veto eingelegt.

Berlin, 12. Juli. Der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei nahm Stellung zu dem Wahlabkommen der Partei mit der Bayerischen Volkspartei, dem Bayerischen Bauernbund und anderen Mittelstandsorganisationen. Der Reichsausschuß stimmte dem Wahlabkommen zu.

Genf, 12. Juli. Die außerordentliche Völkerverversammlung, in der die Türkei ihren Beitritt zum Völkerverbund vollziehen wird, findet am nächsten Montag, den 18. Juli, statt. Die ordentliche Völkerverversammlung beginnt am 19. September.

### Die Nazis und die Deutschnationalen

Politische Verleumdung im Bürgertum

Es sieht fast so aus, als ob es bei den Deutschnationalen zu dämmern beginne. In Hannover hat der Abgeordnete Quast, einer der Getreuesten Eugenbergs, eine recht scharfe Rede gegen das Sittertum gehalten. Der Nationalsozialismus, so führte er aus, bedeute den halben Weg zum Bürgerkrieg und Bolschewismus. Es fehle ihm die notwendige Einsicht in die Dinge der Wirtschaft und der Politik. Den Sittlerleuten müsse — bildlich gesprochen — von den Deutschnationalen die Pfeife um die Ohren geschlagen werden, damit sie lernten, mit den Deutschnationalen zu rechnen. Es sei nicht nötig, daß deutsche Frauen jedem sich prügeln lassen. Braubehälter vorberühren würden.

Die Erkenntnis von dem gefährlichen Charakter der Sitterei kommt den Anhängern Eugenbergs reichlich spät, und es kann nur komisch wirken, wenn Herr Quast in derselben Rede das Grobgehirn der Nationalsozialisten durch Eugenberg damit zu rechtfertigen sucht, daß es aus Rücksicht auf die deutsche Volkspartei geschehen sei. Der Erfolg ist, daß die deutsche Volkspartei den Deutschnationalen, der Volkspartei und den diesen verordneten Gruppen in hellen Scharen davongelaufen sind, um hinter der Sakentauschbahn herzuliegen. Die bis dahin von Herrn Quast eifrig unterstützte Politik des Herrn Eugenberg hat das vollendetste Maso erlitten.

Aber ein Satz aus der hannoverschen Rede verdient noch besonders unterstrichen zu werden. Es ist der von den frauenmündigen deutschen Frauen. Nur möchten wir ihn nicht auf die Frauen beschränkt wissen. Er hat Geltung für sehr große Teile des Bürgertums ohne Rücksicht auf das Geschlecht. Seit Monaten raft der Nord durch das Land, und seit der Aufhebung des Uniformverbots sind in Deutschland Zustände eingetreten, die jedem Begriff von einem Kulturstaat hohnsprechen. Was man öffentliche Sicherheit nennen könnte, ist nicht mehr vorhanden. Leben und Eigentum aller derer, die nicht zur Sakentauschbahn schwören, sind aufs schwerste bedroht. Der Terror herrscht und neben ihm breitet sich die niederträchtigste Verleumdung aus. Keine Blase ist den Nationalsozialisten so infam, als daß sie sie nicht gegen den politischen Gegner schleuderten, keine Beise zu gemein, als daß sie sich dieser nicht bedienen. Man braucht nur auf den nationalsozialistischen Angriff hinzuweisen, in dem die Frau des Polizeipräsidenten Weib in den Schmutz gezogen wird.

Und zu alledem niden wette Kreise des sogenannten Bürgertums wohlwollend Beifall. Sie finden das alles in der Ordnung, aber zum besten Falle entschuldigen sie die wüsten Ausschreitungen mit dem Hinweis auf die Jugend und das Temperament derer, die sie begehen. Sie fahren fort, von der Notwendigkeit zu reden, die aufbaunilligen und nationalen Kräfte des Nationalsozialismus zur Regierungsbeteiligung herauszulassen. Bluttaten und Ausschreitungen zur Gewalt schrecken sie nicht, und stehen sie nicht ab, da sie ja sicher sind, daß nur die „rote Pest“ unter ihnen leidet. Leute, die sonst von Moral übertrieben und die ihrer Entzweiung nicht genug tun könnten, wenn das, was bei den Nationalsozialisten geschieht, im Lager der Sozialdemokratie vor sich gäbe würde, oder wenn die mehr als zweideutigen Persönlichkeiten, die drüben eine Rolle spielen, sich etwa auf der Linken hervortäten, schweigen oder bekunden offen ihr Einverständnis mit dem Sittertum.

Als vor einigen Tagen ein Mitglied des Reichsbanners in der Nähe von Dessau erschossen wurde, rief eine Dame der sogenannten guten Gesellschaft: „Schade, daß es nicht Seeger gewesen ist.“ Oder sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete in Ansbach. Das war so eine Kränze windende teufliche Frau. Wenn der Fall vereinzelt wäre, könnte man über ein solches hysterisches Weib zur Taresordnung übergehen. Aber es ist nur ein Symptom der politischen und sittlichen Verkommenheit innerhalb der Bourgeoisie.

Und dann stellt man beispielsweise in der der Regierung Papen so nahestehenden Berliner Deutschen Allgemeinen Zeitung vom Dienstag morgen, „Selbst die Wiederherstellung des Uniformverbots,“ so schreibt sie, „würde im gegenwärtigen Stadium nicht mehr ausreichen. Der Hintergrund dieser politischen Zusammenstöße ist ein politischer Kampf, der die tiefsten Tiefen der Nation aufzuklärt hat, und der bis zum Sieges durchgeführt werden muß — und zwar bis zum Siege der Rechten.“

Mit anderen Worten: Nord und Totschlag sind gerade gut genug, um der Rechten zum Siege zu verhelfen.

Wenn es in Deutschland so weit gekommen ist, daß wir allen Anlaß haben, uns vor dem seltsamen Zustand zu scheuen, wenn die Nationalsozialisten Gewalt predigen und Gewalt üben dürfen, wenn ihre einzins sogenannte politische Waffe die niederträchtigste Verleumdung der Andersdenkenden ist, dann trägt einen gewaltigen Teil der Schuld die Verleumdung und die moralische Verleumdung bürgerlicher Spießer. Die Verantwortung für das, was geschehen ist und für das Schlimmere, was vielleicht noch geschehen wird, werden sie ebenfalls mitzutragen haben.

### Nationalsozialistischer Anschlag auf Preußens Polizei

Bei der kürzlichen Konferenz der Gauführer der NSDAP in München wurde vertraulich mitgeteilt, die NSDAP, besitze seitens der Regierung Papen bindende Zusagen, daß spätestens bis zum Tage der Reichstagswahlen ein der NSDAP, nahestehender Reichskommissar die Regierungsangelegenheiten in Preußen übernommen haben werde; sollte jedoch dieser Plan aus verfassungsmäßigen Gründen oder mit Rücksicht auf die süddeutschen Länder zur Zeit noch nicht durchführbar sein, so sei die Reichsregierung entschlossen und habe sich dahingehend verpflichtet, die preussische Polizei durch Artikel 48 Absatz 2 der Reichsverfassung auf das Reichsinnenministerium umzuhalten.

Man könne somit — so wurde erklärt — mit Sicherheit damit rechnen, daß sich die preussische Polizei spätestens am 31. Juli nicht mehr in den Händen der SPD, befinde, sondern unter dem Kommando eines der NSDAP, zum mindesten nahestehenden Mannes.

Diese Behauptungen gewinnen ihre besondere Bedeutung nicht zuletzt durch die Tatsache, daß seitens der NSDAP, wieder einmal in aller Unwertförmigkeit davon geredet wird, man müsse und werde, falls die Wahlen am 31. Juli keine eindeutige Mehrheit für die Rechte erbringen sollten, mit Gewalt und mit der SA, dieses Resultat „korrigieren“. Und daß für diesen Fall der Korrektur, die sich, wie die Nationalsozialisten behaupten, unter dem Schutz der Regierung Papen und im besonderen des Herrn von Schleicher vollziehen soll, der Besitz der preussischen Polizei ein wertvolles Utensilum darstellt, ist einleuchtend.

Wir erwarten und fordern, daß die Reichsregierung zu diesen Projekten der NSDAP, in einbeutiger Weise Stellung nimmt, und bei dieser Gelegenheit auch verrät, ob tatsächlich — wie seitens der NSDAP, gleichseitig kolportiert wird — die Absicht besteht, den Herrn Reichspräsidenten während der kritischen Zeit um den 31. Juli herum in Neudorf zu belassen, damit er bei irgendwelchen Eventualitäten nicht belästet und außerstande gesetzt wird, in einem solchen Maße aktiv einzugreifen, wie es ihm sein auf die Reichsverfassung gesetzelter Eid an sich auferlegt!

## Englands Arbeiterchaft grüßt

### Labourparty überreicht Kampfesfahne an die Eiserne Front

Mit welcher Spannung und Sympathie die gesamte internationale Arbeiterklasse und die sozialistische Internationale den Abwehrkampf der deutschen Arbeiterklasse gegen den Faschismus verfolgt, das hat sich vor allem bei dem Verbot des Fortmärs in zahllosen Telegrammen und Kundgebungen gezeigt. Täglich unterrichten die ausländischen Vorkämpfer ihre Leser in langen Artikeln über die Vorgänge und Ereignisse in Deutschland. Bewundernd anerkennen auch die demokratischen Zeitungen des Auslandes den einig in der Welt bestehenden Opfermut und das Selbentum der freiwillig sich stellenden deutschen Arbeiterchaft, die in der Eiserne Front täglich und stündlich ihren erhabenen und kühnen Kampf gegen den Faschismus führen. Es ist in der Arbeiterchaft aller Länder und ihrer Presse nicht genug des Rühmens über die auch für die Interessen der Arbeiterklasse und der Demokratie der ganzen Welt geleisteten Arbeiten durch den gemeinschaftlich und sozialdemokratisch organisierten Teil des deutschen Proletariats.

Als äußeres Zeichen ihrer Sympathie und Anerkennung hat nunmehr die Exekutive der englischen Labourparty beschlossen, der Eiserne Front und damit der deutschen Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften eine Kampfesfahne überreichen zu lassen.

Diese Exekutive hat sich zusammen aus den Vorkämpfern der englischen Gewerkschaften und der politischen Arbeiterorganisation. Unter dem Vorsitz des Abgeordneten und Parteiführers Daroburn hat die Labourparty einstimmig und begeistert diesen Beschluß gefaßt.

Ellen Wilkinson, die Führerin der englischen Arbeiterfrauen wurde beauftragt, diese Fahne in Berlin zu überreichen. Ellen Wilkinson trifft am nächsten Samstag in der Reichshauptstadt ein. Wir brauchen nicht zu betonen, wie sehr die um Freiheit und Leben ringende deutsche Arbeiterchaft, die deutsche Sozialdemokratie und die Gewerkschaften diese Tat der englischen Arbeiterchaft und der Labourparty schätzen und begrüßen als ein wertvolles Unterpfand internationaler Solidarität und Vorkämpfer.

Wir begrüßen heute schon die Fahne und die Trägerin mit dem Ruf und Schwur der Eiserne Front: Herzlich Willkommen! Freiheit!

### Stampfer am Rundsunk

Donnerstag abend über Staat und Sozialismus  
Im Rahmen der aktuellen Stunde der Deutschen Welle spricht am Donnerstag, den 14. Juli, abends 7 Uhr, der Chefredakteur des Nordwärts, Friedrich Stampfer über das Thema „Staat und Sozialismus“.  
Der Rundsunkvortrag von Nazi-Stampfer über die Nationalsozialisten und die Staatsidee ist feiner als von dem größten Teil der deutschen Sender übernommen worden. Es ist deshalb nur selbstverständlich, daß die gleichen Sender auch die Rede Stampfers übernehmen. Wie werden jedenfalls darüber machen, welche Sendeleistungsstellen den Vortrag Stampfers nicht übernehmen sollte.

## Rechtschwenkung Herriots

### Bruch mit den Sozialisten - Wiederersehen der „nationalen Konzentration“

Paris, 12. Juli. Die französische Kammer hat am Dienstag vormittag um 11.30 Uhr nach fast 20stündiger Debatte die Finanzvorlage mit rund 50 Stimmen Mehrheit angenommen. 305 Abgeordnete stimmten für die Regierung, 170 gegen sie, 125 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Die Regierungsmehrheit setzte sich zusammen aus der Radikalen Fraktion, mit Ausnahme von einem oder zwei Mitgliedern (rund 150), der Radikalen Linken (45), den Sozialrepublikanern (25), einigen 30 Mitgliedern der beiden Fraktionen der Unabhängigen Linken, etwa 20 Vinsrepublikanern (Fraktion Flaubin), 15 katholischen Demokraten, einigen Mitgliedern der Rechten und 2 oder 3 Sozialisten.

Die Minderheit besteht aus Sozialisten mit Ausnahme der erwählten zwei oder drei Mitglieder (120), den Kommunisten (10), der Partei der Arbeitereinheit (9), einigen Mitgliedern der Unabhängigen Linken, einem Teil der Fraktion Marin und der Unabhängigen Rechten. Der Stimme enthielten sich 17 Mitglieder der Unabhängigen Linken, ein Teil der Gruppe der Vinsrepublikaner, die Fraktion Tardieu (36), die Fraktion Bernot (18), die große Mehrheit der Fraktion Marin (etwa 35) und die Unabhängigen Rechten (etwa 10) sowie die Vinsler und die Gruppe der Sozialen und wirtschaftlichen Aktion.

Die Ursache dieses Mehrheitswechsels liegt darin, daß Herriot, der sich durch Lausanne getraut hat, in der Nachmittags Sitzung erklärte, daß er die Wiedereinsetzung der Referendumsfragen verlange und daran die Vertrauensfrage knüpfte. Herriot war es also selbst, der aus einer friedlichen Sitzung eine parlamentarische Schlacht machte. Man kann sogar sagen, daß er geradezu herausfordernd auftrat, als ob er das Leben seiner Regierung bereitwillig aufs Spiel setzen wolle. Sein Entschluß, mit den Sozialisten zu brechen, trat klar hervor.

Leon Blum erklärte, daß die sozialistische Gruppe sich mit aufrichtiger Trauer von Herriot trenne und daß die Enttäuschung im Lande über diesen Bruch groß sein werde.

Flaubin erklärte unter Hinweis auf Herriots Rolle als internationaler Unterhändler, daß seine Gruppe die Feindschaft gegen die Regierung nunmehr aufgegeben und sie küsse — solange es nötig sei.

In diesem Augenblick wußten alle, daß die Mehrheit der Regierung sich verändert habe, daß man von einer Vinskonzentration nicht mehr sprechen könne, und daß die Formel der Konzentration ihre Außerförmigkeit verloren habe.

Die Veränderung der Politik Herriots ist bewußt erfolgt. Tatsache ist, daß dem Ministerpräsidenten dem nie an der Zusammenarbeit mit den Sozialisten etwas gelegen war, die Unterstützung der Sozialisten wegen ihrer abweichenden Auffassung in der Finanz- und in der Währungsfrage, die ihn in Zukunft zu häufigen Konsultationen hätte veranlassen müssen, nicht mehr erwünscht war. Er hat daher bei der ersten Gelegenheit auf die Unterwürflichkeit der Sozialisten verzichtet. Die Minister Paul-Boncour und Germain Martin haben ihn in dieser Auffassung gestützt, der eine vom militärischen, der andere vom finanziellen Standpunkt aus.

Vor den Ferien könnte diese neue innenpolitische Situation der Regierung nur dann gefährlich werden, wenn sie sich angesichts des häufigsten Ergebnisses der Finanzvorlage genötigt sehen sollte, die Kammer um die Genehmigung zur Ausgabe neuer Schatzbons zur Deckung des Budgets der Staatskasse zu bitten. In diesem Falle wäre es sehr leicht möglich, daß ein großer Teil der Abgeordneten, die sich am Dienstag der Stimme enthalten haben, gegen die Regierung stimmen würden. In der Außenpolitik dürfte der Herriotsche Debatte wird aller Wahrscheinlichkeit nach nicht stattfinden.

### Macdonald über Lausanne

Die Frage der Ratifizierung  
London, 12. Juli. Premierminister Macdonald gab heute nachmittag im Unterhaus seine mit großer Spannung erwartete Erklärung über das Ergebnis der Lausanner Konferenz ab.

Wo wäre die Welt, so erklärte er, ohne Lausanne geblieben? Er hoffe, daß die Konferenz den bisherigen Unstimmigkeiten ein Ende bereitet hat.

Um zu verhindern, daß im Falle der Nichtratifizierung des Lausanner Vertrages das Werk gefährdet werde, sehen wir darüber eine andere Vereinbarung: Statt Deutschland wieder auf den suspendierten Vorschlag zurückfallen zu lassen, würden wir den gesamten Fragenkomplex wieder aufnehmen und sehen, ob sich nicht eine andere Methode finden läßt. Was auch immer geschehen möge, keine Beziehung kann jetzt von Deutschland erwartet oder verlangt werden. Anzunehmen, es müßte ein Interregnum bestehen zwischen dem Zustand „Reparationen“ und dem Zustand „keine Reparationen“, so müßte dieses Interregnum eher von der Art „keine Reparationen“ als von der Art „Reparationen“ sein.

Macdonald hob hervor, daß die Vorbereitungen für die zweite Phase der Konferenz ohne Verzögerung getroffen würden, und dann solle den Völkern als getrautes Organ die Konferenz einberufen.

Macdonald fuhr dann fort: „Deutschland ist eine Nation, die Selbstachtung besitzt, eine Nation, deren Stimme im Rat angenommen wird, wenn sie klug ist, wie die jeder anderen Nation, deren Stimme klug ist, und die abgelehnt wird, wenn sie unklug ist, wie die Stimme irgendeiner anderen Nation abgelehnt wird.“

Der Führer der Opposition, Lansbury, drückte volle Unterstützung der Opposition für die allseitige Arbeit der Regierung im Interesse der Nation und der gesamten Welt aus. Er drückte die Erwartung aus, daß Amerika ebenfalls in der edelmutigsten Weise handeln wird, um den „riesigen Fehler“ der Reparationen aus dem Wege zu schaffen.

### Nazikomödie im Saarparlament

Nazi auszug aus Furcht vor Verantwortung

Saarbrücken, 12. Juli. (Eig. Draht.) Die Saarnazis wiederholten in der Dienstadtung des Landesparlaments das Hüllerebet ihres Reichstagsauszuges, allerdings mit außerordentlich scharfer Regie.

Während der Präsident des Landrates bekannt gab, daß die Hüllerebet nicht mehr erscheine und nicht mehr mitarbeiten würde, daß der Führer der Saarnazis mit aufgeregter Nase, Ohr und Mund auf seinem Platz und war so maßlos verblüfft, daß er kein Wort herausbringen konnte. Sein an und für sich schon nicht sehr geistreiches Gesicht drückte ein solches Maß von dummem Er-

traunen aus über diese Palastrevolution im Braunen Haus des Saargebietes, daß der Saarlandrat diese groteske Nazikomödie unter einem solchen Gesicht begrub.

In Wirklichkeit erfolgte der Nazi auszug lediglich aus Furcht vor der Verantwortung. Die Wiederordnungsmachenden der Regierung Hitler, Schleicher, Papen wurden sich mit ihren Kettensitzungen auch im Saargebiet katastrophal aus. Andererseits hat die Lausanner Teilsatzpolitik keine Veränderung des Besatzungsregimes, keine Wiedergutmachung des Saarlandes gebracht.

Da sich die Nazis im Saarparlament hinsichtlich von Sitzung und Sitzung immer mehr blamierten und bereits ein häufiges Gesicht der Sitzungen waren, haben sie jetzt fluchtartig das Saarparlament verlassen. Die Sorge für die Wölkerei der Bevölkerung die Rechte gegenüber der ausländischen Regierung überlassen die Demagoguen den „vaterlandslosen Geistes“.

### Die belgische Streikbewegung

Lüttich, 12. Juli. Aus Solidarität mit den Bergarbeitern der Borinage sind heute früh die Bergarbeiter in fast allen Kohlenbergwerken des Lütticher Reviers in den Streik getreten.

Brüssel, 12. Juli. Der Generalrat der Sozialistischen Partei und des Nationalen Komitees der sozialistischen Gewerkschaften Kommission, die heute hier zusammenzutreten, um die Möglichkeiten eines sofortigen Generalstreiks zu beraten, haben den Generalrat freizubekennen.

### Vertagung der hessischen Staatspräsidentenwahl

Darmstadt, 12. Juli. (Eig. Meldg.) Die für Donnerstag vorgezeichnete Wahl des hessischen Staatspräsidenten ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Die Gründe für die Vertagung dürften nach Informationen von unterrichteter Seite darin liegen, daß Nationalsozialisten und Zentrum erst die Reichstagswahlen abwarten wollen.

Der Wortlaut der in Lausanne unter dem 9. Juli geschlossenen Abkommen ist jetzt der Öffentlichkeit übergeben worden.

NR. Berlin, 12. Juli. Der Rektor der Friedrich-Wilhelm-Universität hat die vorläufige Schließung der Universität angeordnet, weil seit den frühen Morgenstunden unter der Studentenschaft sich eine so grobe Erregung bemerkbar machte, daß Tumulte befürchtet werden.

Saag, 12. Juli. Auf holländische Veranlassung fand heute eine Besprechung von Vertretern der Schiffahrtstreibenden, Schiffsverleihen und der Rheinisch-Westfälischen Industrie statt. Die Aussprache betraf die heutige Notlage der Rheinisch-Westfälischen Industrie und die verschiedenen Vorschläge zu ihrer Beldung.

## Ein Beitrag zum v. Papens Wohlfahrtsstaat

### Die profitable Wasserleitung

Aus dem Saargebiet wird uns geschrieben:  
Eine schmerzliche Enttäuschung erlebten der Gemeinderat und die Einwohner des Wohnortes des Reichstagslers von Papen, des hiesigen Reichstagsabgeordneten, Herr von Papen führte gegen seine Wohnortsgemeinde einen Wasserleitungsprozess, der jetzt mit einem Verzicht beendet wurde, wonach die Gemeinde ihm 200 000 Frs. Abfindung und für drei Generationen seiner Familie (also bis zum Tode seiner Enkel!) für sein Schloss, dessen Park mit Fontäne und Weiher und die Dekonomiegebäude das gesamte Wasser unentgeltlich liefern muß. Herr von Papen hatte selbst den dreifachen Betrag der Abfindung gefordert und wenn auch ein „Rechtsanspruch“ des Herrn von Papen juristisch nicht zu bestreiten ist, so stützt er sich doch auf einen Vertrag, den man als unmoralisch bezeichnen muß. — „unmoralisch“ auch im Sinne jener Papenschen Regierungserklärung, die den „Wohlfahrtsstaat“ (woher es sich diesmal wiederum um ganz unerschöpfte Wohlfahten für seine eigene Familie handelt!) im Hinblick auf die sittlichen Kräfte der Nation für „unmoralisch“ erklärt.

Diese Wasserleitungsangelegenheit ist zur Illustration der Papenschen Regierungserklärung außerordentlich lehrreich. Die Schwiegermutter des Herrn von Papen, die er inzwischen herbt hat, schloß im Jahre 1919 zu einer Zeit, als die Gemeinde ohne Bürgermeister und Gemeinderat noch nach dem alten Dreiklassenwahlrecht befehligt war, mit der Gemeinde einen Vertrag ab, auf Grund dessen sie der Gemeinde eine ihr vererbte Wasserleitung, an der auch nach und nach sich eine Reihe von Bürgern der Gemeinde angeschlossen hatten, überließ gegen die Bedingung, daß ihr 20 Proz. der gesamten gegenwärtigen und zukünftigen Brutto-Wassergebühren der Gemeinde Wasserleitungen ausbezahlt und für vier Generationen der eigene sehr große Wasserbedarf für Schloss, Parkanlagen, Dekonomie usw. unentgeltlich gestellt werde. Der auf Grund des Dreiklassenwahlrechts sehr merkwürdig zusammengesetzte und sehr schlecht beratene Gemeinderat ging diesen außerordentlich bedenklichen Vertrag ein, der für die von Hoch und tiefe Erden, die von Papens, ein ausgezeichnetes Geschäft darstellte, das noch in den Mantel der Wohlthätigkeit („Gehent“ der Wasserleitung an die Gemeinde) gekleidet wurde.

Inzwischen erhielt die Gemeinde einen neuen Bürgermeister und ein neues Gemeindeparlament nach dem neuen demokratischen Wahlrecht. Es erwies sich als dringende Notwendigkeit, die gesamte Gemeinde, die zu mehr als drei Fünftel noch ohne Wasserleitung war, mit Wasser zu versorgen und die Gemeinde wandte dafür insgesamt 1 1/2 Millionen französische Franken auf, an deren Aufbringung sich aber die Hochs bzw. die Papens nicht beteiligten. Trotzdem veranlaßte sie für die inzwischen erfolgte Ausdehnung auf den gesamten Ort, auf eine im Nachbarort gelegene Brauerei mit mehr als 100 000 Kubikmeter Wasserverbrauch und auf eine kleine Nachbargemeinde von der gesamten Bruttoeinnahme der Gemeinde an Wasserzins 20 Prozent! Der neue Gemeinderat hielt das unter Führung der Sozialdemokratie für unmöglich und forcierte die endgültige Bereinigung dieser Angelegenheit. Herr von Papen, inzwischen Erbe derer von Hoch in Wasserfragen geworden, strengte einen Prozeß an, in dem es nunmehr zu dem oben angegebenen Verzicht kam.

Obgleich der Gemeinderat den Herrn von Papen in die Gemeindegatsung laden ließ und ihm die außerordentlich gedrückte Lage der Gemeinde vorhielt und darauf hinwies, daß unter 3700 Einwohnern nicht weniger als 800 laufend unterversorgt werden müssen, weiterhin darauf hinwies, daß der damalige Vertrag des alten Gemeinderats geradezu als in schwerer Verletzung gegen die eigentlichen Gemeindegatsungen angesehen werden müsse, und ihn endlich darauf hinwies, daß die Gemeinde bei Durchsetzung der Papenschen Forderung gewonnen sein würde, ihren Wasserpreis um mindestens 33 1/2 Prozent zu erhöhen, bestand Herr von Papen auf seiner Abfindung mit der Erklärung, daß er „seinen Kindern eine Rente sichern“ müsse! Auch eine Illustration zum „Wohlfahrtsstaat“! Dabei stammt der Reichtum derer von Hoch und von Papen nicht zuletzt aus den Knochen der Wasserleitungsarbeiter, die in der Wasserleitungs Steinzeugsfabrik, einem Zweig des Familienunternehmens Willers u. Hoch, zu schwebendsten Löhnen und unter den denkbar schlechtesten hygienischen Bedingungen hüttenmäßig ihre Haut zu Markte tragen durften und die künftigen Arbeitsbedingungen mit auffallend frühem Tode zu bezahlen hatten, wobei dann die Sorge für Witwe und Kinder der Gemeinde verblüffte.

Gemessen an diesen Verhältnissen gewinnt das Wort des Kanzlers vom „Wohlfahrtsstaat“ eine ganz neue Beleuchtung: Wohlthätigkeit für die aberen Schicht, aber Ausbeutungsfreiheit gegenüber den breiten Massen!

## Naziskandal am Rundfunk

Aus Breslau wird uns geschrieben:  
Am Samstagabend gegen 20 Uhr sprach der schlesische Gauleiter der NSDAP, der Reichstagsabgeordnete Helmuth Brückner-Breslau, in der schlesischen Rundfunkstunde über die völkische Aufgabe Schlesiens. Die Rede Brückners, die von der republikanischen Bevölkerung Schlesiens als toller politischer Skandal empfunden wird, beweist, daß die Nationalsozialisten in keiner Weise gewillt sind, sich an die Bedingungen zu halten, unter denen der Rundfunk von der Regierung für Breslau freigegeben wurde.  
Brückner behandelte sein Thema zunächst, wogegen an sich nichts einzuwenden wäre, unter großdeutschem Gesichtspunkt, unternahm dabei jedoch einige überflüssige Ausfälle in aggressivem, vorwiegend antisemitischen Sinn gegen den Völkerverbund sowie gegen die nachbarlichen Schlesiens, gegen Polen und die Tschechoslowakei. Eine große Verletzung der Empfindung Andersdenkender, wie sie bekanntlich in den Rundfunk-Wahlfreden der Parteien unter allen Umständen vermeiden werden soll, stellte eine Verhöhnung Brückners von marxistischen Fälschern und gewissenlosen Volksbetrüger dar. Desgleichen die einseitige antisemitische Bemerkung, daß der jüdische Handel sich in früheren Jahrhunderten nicht wie gegenwärtig von Warschau her habe beeinflussen lassen. Der Nazigauleiter Brückner schloß seinen Vortrag mit dem im Manuskript selbstverständlich nicht vorgesehenen Faschistengruß: „Heil Hitler!“

# Freistaat Baden

## Anmeldung von Versammlungen

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Es wird darauf hingewiesen, daß die in der Verordnung des Reichsministers des Innern vom 28. Juni 1932 über Versammlungen und Aufzüge vorgeschriebene Anmeldung der öffentlichen politischen Versammlungen und der Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel beim zuständigen Bezirksamt (Polizeipräsidentium — Polizeidirektion) zu erfolgen hat.

## Wahlplakate und Aufrufe

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Nach einer in der Karlsruher Zeitung — Staatsanzeiger — erschienenen Bekanntmachung hat der Minister des Innern zur Erleichterung der Wahlvorbereitungen zur Reichstagswahl 1932 zugelassen, daß Bekanntmachungen, Plakate und Aufrufe, die für Wahlzwecke zur Verbreitung im ganzen Land bestimmt sind, statt bei den einzelnen Ortspolizeibehörden einheitlich beim Polizeipräsidentium Karlsruhe vorgelegt werden können.

## Politische Ausschreitungen

### Vor der Volksstimmung in Mannheim — Demonstration gegen den Nazi-Umwi

D3. Mannheim, 12. Juli. Zu ersten Zusammenstößen mit der Polizei kam es am Montag vormittag vor dem Verlagsgebäude der Volksstimme. Die Polizei verbot vergeblich, mit dem Gummiknüppel die Straßen um das Verlagsgebäude des genannten Blattes zu säubern. Mehrere Zivilpersonen trugen dabei blutende Verletzungen durch Schläge mit dem Gummiknüppel davon. Ein Mann mußte mit Verletzungen in das Gebäude der Volksstimme getragen werden. Das Vorgehen der Polizei, die die Schließung des Haupttores der Volksstimme veranlaßte, gab zu lebhaften Protesten der Umstehenden Anlaß. Erst als auf Vorstellungen hin Polizeipräsident Dr. Bader die Zurückziehung des Ueberfallwagens anordnete, trat wieder Ruhe ein.

Ueber die Ausschreitungen meldet der Polizeibericht: Montag vormittag bildete sich kurz nach 11 Uhr im Strahlszug zwischen der R- und S-Quadrat und den angrenzenden Seitenstraßen eine Ansammlung von mehreren hundert Personen, welche der wiederholten Aufforderung der Polizeistreife, weitzuziehen, keine Folge leisteten. Die Beamten wurden durch Sprechrore überfallen und ausgegriffen. Daraufhin wurde das Ueberfallkommando eingesetzt, welches unter Anwendung des Gummiknüppels die Straße säuberte. Drei Personen wurden festgenommen, wovon eine ins Bezirksgefängnis eingeliefert wurde.

D3. Freiburg i. Br., 12. Juli. In der Kaiserstraße kam es heute nachmittag vor dem Hotel „Römischer Kaiser“ zu politischen Demonstrationen. In diesem Hotel ist Prinz August Wilhelm von Preußen, der heute abend in einer nationalsozialistischen Versammlung sprechen soll, abgefriegen. Durch eine Indistretion mußten die

## Ehrentafel der Partei

**Genosse Arno Erge**  
Ortsverein Leipzig, verkaufte innerhalb 3 Tagen für 75 Mark Freiheitsopfermarken an Sympathisierende  
Und du?



Kommunisten erfahren haben, daß der Prinz hier Quartier nehmen wollte und so hatten sich beim Erscheinen des Prinzen schon eine Reihe von Demonstranten, in der Hauptsache Kommunisten und zahlreiche Neugierige eingefunden. Der Prinz wurde bei seinem Erscheinen mit Protestrufen und Beschimpfungen empfangen. Da die Demonstranten ernsteren Charakter anzunehmen drängten, wurde der Ruf alarmiert und schließlich die Einkassierbarkeit eingesetzt, die die Kaiserstraße räumten und absperrten. Vier der Demonstranten wurden festgenommen. Die Sozialdemokraten beteiligten sich nicht an den Demonstrationen. Sie hatten sich darauf beschränkt, ein Flugblatt zu verteilen, in dem gegen das Auftreten des Prinzen in Freiburg protestiert wird.

## Nazi-Ueberfall in Sulzfeld

### Ein Gartenfest der Arbeiterabfahrer überfallen

Am Sonntag nachmittag hielten die Arbeiterabfahrer von Sulzfeld im Garten des „Badischen Hof“ ein Gartenfest ab. Nach dem Festzug wurden zunächst im Saal des „Badischen Hof“ radsporthliche Vorkämpfungen den zahlreich Erschienenen gesetzt. Eine längere Pause wurde eingelegt. Als gegen 6 Uhr der zweite Teil des Programms im Saale abgewandelt wurde, es fand gerade ein Radballspiel zwischen Bretten und Sulzfeld statt, hörte man laute Rufe und Schreie der noch wenigen im Garten anwesenden, hauptsächlich Frauen und Kinder.

Die von Bretten kommenden SA-Leute hatten die Gartenwirtschaft gestürmt und mit Bierkrügen und Wänten auf die Anwesenden losgehauen.

Als die im Saale Anwesenden in den Garten kamen, verließen die Nazis fluchtartig den Garten.

Wie von amtlicher Seite gemeldet wird, war der Umzug, den Kiernbacher, Fassbinder in Verbindung mit Oberoder und Bahndrücker Nazis abgehalten haben, beim Bezirksamt nicht angemeldet und folgedessen auch nicht genehmigt. Die amtliche Unterjuchung ist eingeleitet.

Von einem Augenzeugen wird uns noch berichtet: Die Sulzfelder und Brettener Arbeiterabfahrer trugen gerade im Saal des „Badischen Hof“ in Sulzfeld ein Radballspiel aus, das anlässlich des Gartenfestes der Sulzfelder Arbeiterabfahrer stattfand, als die von Bretten heimkehrenden

SA-Leute der Umgegend von Sulzfeld in Sulzfeld einen Umzug veranstalteten, der bei der Behörde weder angemeldet noch genehmigt

war. Zweimal sogen sie am Garten des „Badischen Hof“ vorbei, wo das Gartenfest der Arbeiterabfahrer stattfand. Als sie mit „Heil Hitler“-Rufen am Garten vorbei sogen, wurden ihnen mit dem Ruf „Freiheit“ erwidert. Dies ärgerte den Führer der „Truppe“ ansehnlich sehr. Er gab seiner Garde das Kommando zum Angriff auf den mit einem Geländer umgebenen Garten. Die wenigen Anwesenden konnten im ersten Moment nicht verhindern, daß die Horde in den Garten kam, weil die Mehrzahl der Festbesucher im Saal der Wirtschaft war. Erst als diese hinzukamen, flohen die Nazis zum Teil mit blutigen Köpfen über das Geländer. Trotz der Aufforderung, die Straße vor der Wirtschaft frei zu machen, wichen die Nazis nicht; erst als die Festbesucher ihrerseits zum Sturm schritten wollten, verließen sie das Dorf. Inzwischen war auch Polizei erschienen, die einige Feststellungen machte.

Für die Sulzfelder Arbeiterschaft muß dieser Vorgang eine Lehre sein. Bis her hat man dort immer zugewartet mit der Bildung der Eisernen Front. Jetzt wird man aber dort endlich einsehen, daß es falsch ist, die Kräfte im Bruderkampf zu zerstreuen, statt den Gegner zu bekämpfen. Nur wenn die Arbeiterschaft eine geschlossene Masse bildet, wird sie auch im hinteren Amtsbezirk Bretten der Braunen Pest Herr werden.

## Der Spuk vom „Wohlfahrtsstaat“ in der Badischen Schulzeitung

Aus Schulkreisen wird uns geschrieben:

Man interessiert sich für die Arbeitslagerbewegung, weiß, daß der Badische Lehrerverein ausreißt ebenfalls sich mit dieser Frage beschäftigt, besorgt sich sein Vereinsorgan und entdeckt die interessantesten Dinge. Da steht nun in der letzten Nummer dieser Badischen Schulzeitung ein Artikel über „Arbeitsnot, Siedlung, Arbeitslager“ von einem Fr. Bopp. Wenn man sich in der Behandlung der Schulfrage der Arbeitslosigkeit auch hinter die bürgerlich denksame Schulklinie der Erziehung des Menschen durch die Maschine verliert und entweder nichts weiß oder nichts wissen will von der kapitalistischen Mißwirtschaft, dann kann man das auf den persönlichen Wissensgrad des einzelnen Menschen und vor allem, in diesem Falle, wo es sich um wahrscheinlich einen Menschen dreht, der in seiner Eigenschaft als Lehrer nicht allzuviel von der Praxis der Wirtschaft kennt, zurückfallen lassen. Wenn man aber folgendes liest:

„Es ist klar, daß durch die fortschreitende Technisierung mehr Menschen erwerbslos werden müssen, die Arbeitslosenversicherung hat diese Bewegung dadurch begünstigt, daß für jeden beschäftigten Arbeitnehmer ein Versicherungsbeitrag gegen Arbeitslosigkeit zu entrichten war; es wurde also geradezu für die Erziehung des Menschen durch die Maschine eine Prämie bezahlt, anstatt umgekehrt zu verfahren.“

dann muß man annehmen, daß nicht die Unkenntnis der Verhältnisse aus diesen Sätzen spricht, sondern der „Spuk vom Wohlfahrtsstaat“ unterer Kasibaronen, die reichlich vernebelten Argumentationsstrahlen geboren hat.

Wenn man mit solchen Voraussetzungen an die Arbeitslagerbewegung von Seiten der Lehrer herangeht, dann wird man von Seiten der Arbeiterschaft ein wachames Auge haben müssen.

## Die Reichstagskandidaten der Wirtschaftspartei

Die Wirtschaftspartei in Baden hat für die Reichstagswahlen am 31. Juli folgende Kandidaten aufgestellt:

1. Karl Josef Wallmann, Kaufmann, Kaiserslautern, der bisher schon dem Reichstag angehört hat;
2. Josef Spielmann, Landtagsabgeordneter, Freiburg;
3. Karl Beller, Kaufmann, Pforzheim;
4. Robert Willeit, Architekt, Karlsruhe.

## Wahlvorschlag der Deutschen Staatspartei

Die Deutsche Staatspartei in Baden hat für die Reichstagswahl im Wahlkreis 32 (Baden) folgende Kandidaten aufgestellt:

1. Dietrich Hermann, Reichsminister a. D. und Hofbesitzer, Widdach;
2. Pfarrer Konrad, Zimmermeister, Handwerkskammerpräsident und Landtagsabgeordneter, Konstanz;
3. Kromer Emma, Hausfrau, Ziegelhausen;
4. Gräfin Wilhelm, Lehrer, Vorsitzender der badischen Jungdemokraten, Mannheim.

## Ausländische Universität würdigt Gumbel

### Einladung Gumbels zu Gastvorlesungen nach Paris

Das der naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Paris angegliederte mathematische Institut Henri Poincaré benannt nach dem bekannten französischen Mathematiker, an dem die besten mathematischen Köpfe Frankreichs arbeiten, hat Professor Gumbel zu sechs Gastvorlesungen im Winter 1932/33 eingeladen. Er soll dort über Probleme der mathematischen Statistik lesen, ein Fach, in dem er als Autorität gilt. Solche Einladungen nach Paris sind bisher nur an zwei deutsche Mathematiker ergangen. Eine solche Berufung an die gerade in der Mathematik berühmte Universität Paris stellt eine große Anerkennung der wissenschaftlichen Arbeiten Gumbels (und damit einen etwas objektiveren Beitrag zu seiner Gesamtpersonlichkeit als die lügerischen Behauptungen anderer Heidelberger Nationalsozialisten) und gleichzeitig eine Ehrung der Universität Heidelberg, zu der er ja gehört, dar.

**Wer** die Verfassung und damit den sozialverpflichteten Staat aufrechterhalten will  
die Selbstbestimmung des Volkes und nicht die Diktatur der Junker im Cut  
oder im Waffenrock haben will  
den Marsch zum Sozialismus mitmachen will  
**der wählt sozialdemokratisch!**

# Gewerkschaftsbewegung

## Schindluderspiel

Bauerarbeiters in Südbaden oder was die Sittler können

Im Baugewerbe war es im Verlauf der jüngsten Abwehrbewegung gegen den Vorkriegsstand zu einer Reihe von Streiks gekommen. Sie hatten unter gewerkschaftlicher Führung fast ausnahmslos Erfolg. Mit der Verbindlichkeitsklärung der neuen Lohnsätze war dieser Streikbewegung ein Kiesel vorgelegt worden. Anders war der Verlauf der Dinge in Südbaden. Dort streifte man nicht, solange die Möglichkeit dazu bestand, sondern erst nachdem die Verbindlichkeit ausgesprochen war. Die Streikbewegung fand dort im Zeichen einer Nazi-Koalition statt.

Die Streikbewegung in Südbaden war im wesentlichen sechs Stellen: Rheinfrankfurt Klein-Kembs, Redarkaufleute Girsbach und Kofenau, Eisenbahnbau Tuttlingen-Hattlingen, Rheinfrankfurt Döbern-Abbruch und Schlussemert. Die Organisierten in der Gesamtschlichtung waren in der Minderheit. Die Streiks wurden von den Kommunisten herbeigeführt. In der zentralen Streikleitung hatten plötzlich die — Nazis das Wort in der Hand, weil diese noch gewissenloser gegen die Gewerkschaften gehen können als die Kommunisten; sie sind ja nicht umsonst bei den Kommunisten in die Schule gegangen.

Mit entsetzlicher Grobprecheri trat die Streikleitung auf den Plan getreu der Hitlerparole: je größer das Maul, desto leichter der Himmelfahrt. Sie forderte zunächst Wiederherstellung des alten Lohnsatzes, später dann eine Grenzzulage von 1.10 M pro Arbeitstag, eine größere Streikentschädigung und dergleichen mehr. Die Unternehmer lehnten ab, kamen dann mit einem Gegenangebot heraus; die Streikleitung sah aber auf dem hohen Ross, und ihre Schutzgarde ließ in den Belegschaftsversammlungen keine geheime Abstimmung über das Unternehmerangebot zu, das natürlich von den Streikenden angenommen worden wäre. Gewerkschaftsvertreter wurden zu diesen Versammlungen nicht zugelassen. Zum Glück — muß man sagen; denn jetzt können die Streikstrategen den Arbeitern nicht vorsagen, daß die Gewerkschaften an dem häßlichen Ausgang der Bewegung schuld seien. Wo diesen die Möglichkeit zur Eingangsnahme blieb, war es für die Bauarbeiter nicht von Nachteil; so gelang es in Tuttlingen dem Vertreter des Deutschen Baugewerksbundes, bei einem Unternehmer eine Lohnerhöhung von 4 Pfennig herauszuholen.

Die Streikenden hatten einen schweren Stand. Sie konnten sich zum Teil nur dadurch über Wasser halten, daß die Geschäftsleute und Bauern Barmherzigkeit zeigten. Unterdessen redeten die Nazis im württembergischen Landtag grobe Lüge gegen die Arbeiter und gegen die Sozialdemokratie und Gregor Strasser wurde sogar zu einem Demonstrationssaal nach Tuttlingen beordert, wo er großmächtig den Streikenden 50 M von seinem Rednerhonorar überweisen ließ. Alle Grobprecheri und Pharisäerei konnten aber nicht verhindern, daß es mit der Streikbewegung herab ging. Die Streiks in Klein-Kembs und an den Redarkaufleuten brachen schon nach kurzer Zeit zusammen. In Döbern-Abbruch, am Schlussemert und in Tuttlingen wurde sechs Wochen lang gestreikt. Die Unternehmer haben mit aller Seelenruhe zu. Sie machten nicht einmal eine ernsthafte Anstrengung zur Anwerbung von Streikbrechern. Wozu auch? Sie wußten, daß ein Streik unter Führung einer Nazi-Streikleitung ihnen bestimmt nicht wehtun würde.

Als der Kartell richtig verfahren war, wimmerte die Streikleitung bei den Behörden um Vermittlung, und als auf Veranstaltung des Landesgeschäftsführers Dr. Kimmich in Karlsruhe Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern einleiten wollten, erschienen plötzlich auch einige Mitglieder der zentralen Streikleitung. Die Gewerkschaftsvertreter weigerten sich, mit Feinden zusammenzutreffen, deren einziges Anliegen nur in der Befriedigung der Gewerkschaften besteht, und der Arbeitgebertreter lehnte ein Verhandeln mit der Streikleitung ab, da er nur eine mit ordentlichen Vollmachten versehene und in gehobener Abstimmung gewählte Abordnung der Belegschaft als verhandlungsfähig anerkennen bereit war. Nun hat die Streikleitung in einem an den Landesgeschäftsführer gerichteten Brief förmlich darum, „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln“ den Konflikt beizulegen. Sie hatte — das geht aus dem Schreiben klar hervor — bereits all ihre Forderungen preisgegeben.

Was aber nun folgt, ist nichts anderes, als ein Dolchstoß gegen die Bauarbeiter. So hat, als in Karlsruhe die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmerorganisationen unmittelbar bevorstanden, plötzlich die Streikleitung, wie aus Tuttlingen mitgeteilt wurde, alle Nazi- und Kosianbänder und alle Unorganisierten aufgefordert, noch vor dem eigentlichen Verhandlungsbeginn die Arbeit aufzunehmen. Den Bauleistungen hatte die Streikleitung sogar schon vorher mitgeteilt, die Arbeit würde zu einem Stundenlohn von 60 Pfennig für Tischbauarbeiter — der Tariflohn beträgt 63 Pfennig — wieder aufgenommen. Die Folge war, daß die Unternehmer, als sie nach Stuttgart zur Verhandlung für Tuttlingen kommen wollten, ein Schreiben abhändelten. Darin wollten sie sich auch jetzt noch bedienen, die 4 Pfennig Zulage zu bewilligen, die der Baugewerksbund bei einem Unternehmer in Tuttlingen bereits herausgeholt hatte? Für Döbern-Abbruch wurde eine Vereinbarung erzielt, die die allgemeinverbindlich erklärten Tariflöhne als maßgebend erklärt und mit Rücksicht auf die besonderen Grenzverhältnisse eine kleine Zulage von 8 Pfennig zum 2. August und von da für weitere acht Wochen eine solche von 4 Pfennig zu den jeweiligen tariflichen Stundenlöhnen gewährt. Auch die Verhandlungen für Döbern-Abbruch wurden von der Streikleitung förmlich sabotiert, denn diese erklärte den Arbeitgebern gegenüber im Anschluß an eine Arbeitsgerichtsverhandlung in Waldshut, das Verhandeln in Karlsruhe sei zwecklos, weil die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen werde. Dabei bestand die Ansicht, eine Grenzzulage von 12 Pfennig pro Stunde und sogar für längere Zeit herauszuschlagen. Und ähnlich ging es bei den Verhandlungen für das Schlussemert. Auch hier plägierte die Streikleitung mit der Meinung dazwischen, Verhandeln sei zwecklos, die Arbeit werde zu den tariflichen Bedingungen wieder aufgenommen. Dadurch wurde es völlig unmöglich, für die Arbeiter am Schlussemert auch nur einen Pfennig mehr von den Unternehmern zu bekommen.

Und diesem Taktzettel gegenüber bringt es die kommunistische Presse fertig zu behaupten, die Bauarbeiter hätten „in nordüblicher roter Einheitsart“ die Revision eines verbindlichen Schiedspräsidenten erzwungen. Wir nennen das anders: Schindluderspiel mit dem deutschen Arbeiter.

## Die Eisenbahner mobilisieren

Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands macht mobil. Die Mitglieberschaft und vor allem der gesamte Funktionärsapparat werden im Freiheitskampf der deutschen Arbeiter eingesetzt, um den Anschlag einer herrschaftlichen und gewalttätigen Reaktion gegen die verfassungsmäßigen Rechte der Arbeiter zurückzuschlagen. Vorstand und Beirat des Verbandes haben sich dieser Tage einmündig mit der Durchführung des Anmarsches der Eisenbahner zum Wahlkampfbüro beschäftigt. Das Ergebnis der Beratungen liegt vor in einer einstimmig angenommenen Weisungsbesetzung. Der Vorsitzende der Eisenbahner erklärt lautet:

Vorstand und Beirat des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands richten die Aufmerksamkeit der gesamten deutschen Eisenbahner auf die für das Reichsbahnpersonal entscheidende Vorgänge in der Innen- und Außenpolitik. Die Regierungserklärung der von der Hitler-Partei tolerierten Regierung Bayern ist eine offene Kampfansage an die deutschen Arbeitnehmer und ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. Das ansehnliche der ungeheuren Volksnot empfindende Wort von

der staatlichen Wohlfahrtsanstalt enthält den Geist schmerzlicher Reaktion. Die Notverordnung dieser Regierung, für die die Hitler-Partei mitverantwortlich ist, übertrifft alle bisherigen Maßnahmen durch die einseitige Härte, mit der alle Opfer lediglich den ärmsten Volksschichten ausgesetzt werden. Der Weg dieser Regierung führt nach die Eisenbahner in die Sklaverei und die Rechtslosigkeit der Fortsetzung zurück. Das Konfliktverhältnis der Eisenbahner und die bedeutendsten sozialen Leistungen sind Erzeugnisse der Nachkriegszeit. Sie sind die Grundlagen einer menschenwürdigen Existenz und müssen unter allen Umständen aufrecht erhalten werden. Die wirtschaftliche, kulturelle und soziale Stellung der deutschen Eisenbahner beruht auf diesen Erzeugnissen. Vorstand und Beirat des Einheitsverbandes rufen deshalb die gesamten deutschen Eisenbahner zum entschlossenen Kampf um die Erhaltung dieser Grundrechte für die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichsbahn auf.

Die Entschlüsse der Lausanner Konferenz bedeuten für das Reichsbahnpersonal den Anfang gelebter Kämpfe um die Ausgestaltung des heute übertragenden Einflusses der Arbeitnehmer. Die Durchführung der von uns immer wieder aufgestellten Forderungen auf Umformung der heutigen Reichsbahn-Gesellschaft und Neuorganisation des Betriebswesens ist abhängig von der Zusammenfassung und Arbeitsfähigkeit des neu zu wählenden Reichstages. Vorstand und Beirat des Verbandes fordern deshalb die Eisenbahner auf, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen alle Kraft einzusetzen, um der für die Eisenbahner besonders verdienten Sozialdemokratischen Partei zu einem vollen Wahlerfolg zu verhelfen. Jeder Eisenbahner wählt bitte!

Alle Kräfte der Organisation sollen, wie der Verbandsvorsitzende Schöffel in seinem mit dem Kampfbüro der Eisenbahner „Freiheit“ einseitigen Situationsbericht hervorhob, nunmehr eingesetzt werden, um die Reichsbahn der Reaktion, die Nazis, entscheidend zu schlagen. Schöffel erinnerte an die Ermordung des Verbandskollegen und Jugendleiters Rudolf Marek, der in

## Schluß mit den Unterstügungen

Das sind die Wünsche der Naziführer. In Auerbach in der Oberpfalz erklärte ein wohlbestellter Gemeindebeamter, der Mitglied der Hitlerpartei ist, folgendes:

„Die Unterstügungen zahl ich aus, solange ich will. Wenn ich nicht mehr will, dann bekommt ihr einen Dreck! Was ihr bekommt, ist alles noch zu viel. Wartet nur bis zum 1. August, dann stehen wir mit 80 Prozent in der Reichstag und machen Schluss mit euch!“

Dieses Geknatter eines Naziführers wird förmlich am 31. Juli von den Arbeitslosen und Kleinrentnern nicht vergessen werden.

Chemnitz von Nazibanden durch zwei Schüsse meuchlings getötet wurde. Das Blut Mareks und das Blut der vielen, vielen hunderttausend Arbeiter dürfe nicht umsonst geflossen sein.

Die Mobilisierung der Eisenbahner durch verschiedene Verwaltungsgewaltigen der Reichsbahn absolut nicht; sie möchten am liebsten die Weisungen des Einheitsverbandes unterbinden. So sang der Bezirksleiter des Einheitsverbandes am 2. Juli ein Schreiben der Reichsbahndirektion Dresden zu, worin das Zeichen der drei Pfeile, in dem die Arbeiter der Reichsbahn führt, als ein „politisch-ökonomisches“ Symbol bezeichnet und erklärt wird, „auch amnestisch-ökonomische Maßnahmen, die dieses Zeichen tragen, auf Reichsbahngebiet nicht mehr zulassen zu können.“ Zur Vermeidung von Weiterungen wurde die Belegschaften angefordert, die bereits zum Ausbruch gebrachten Beschlüssen dieser Art umgehend zurückzunehmen und vom Ausbruch weiterer Schritte abzusehen.“

Die Ausschüßungs- und Aufstellungsoffiziere der Eisenbahner soll

# Aus aller Welt

Unterweltliches  
Von Beamten der Berliner Kriminalpolizei wurden 12 Mitglieder eines Unterweltvereins verhaftet. Die Festgenommenen sind Teilnehmer des Feuerüberfalls, der vor einigen Tagen auf eine Gastmahlzeit in einem Hause in Berlin-V. verübt wurde. Anführer des Überfalls war offenbar der Portier Georg Schubert. Schubert war vor einiger Zeit aus einem Berliner Unterweltverein ausgeschlossen worden. Er trat nun in einen anderen ein und inszenierte mit etwa 20 Komplizen einen Raubüberfall gegen das Stammlokal des Vereins, aus dem er hinausgeworfen worden war. Es kam zu einer heftigen Schießerei, in deren Verlauf zwei Gäste des Lokals Verletzungen erlitten. Als die Situation für Schubert und seine Leute ungemächlich wurde, räumte er das Feld. Jetzt hat ihn das Schicksal trotzdem ereilt; aber am Donnerstag mittag richtete eine Deputation von Mitgliefern seines Unterweltvereins auf den Berliner Polizeipräsidenten und — bat um eine milde Beurteilung des Falles.

„Schuhkönig“ Bata verunglückt  
Mit seinem Flugzeug abgestürzt  
W.B. Prag, 12. Juli. Der bekannte Schuhgroßindustrielle und Millionär Thomas Bata ist heute früh auf einer Flugreise nach der Schweiz tödlich verunglückt. Der Apparat, der gegen 6 Uhr früh gestartet war, ist noch über Batsas Privatflugplatz in Drtikovice aus der Höhe von etwa 700 Metern plötzlich abgestürzt. Der Pilot war auf der Stelle tot. Bata selbst lebte noch, als man ihn aus den Trümmern herausholte. Er starb aber während der Ueberführung ins Krankenhaus.

Thomas Bata wurde 1876 in Zlin (Mähren) als Sohn eines armen Schuhmachers geboren. Er erlernte bei seinem Vater das Schuhmachergewerbe. Bereits im Jahre 1917 lieferte er 1000 Paare Schuhe bei einem Stamm von 4000 Arbeitern 10000 Paar Schuhe. Ende 1930 befanden sich allein in Zlin 32 Bata-Fabriken, in denen rund 16 000 Arbeiter eine Tagesleistung von 100 000 Schuhen erbrachten.

Der tschechische Schuhkönig hat klein begonnen. In Zlin in der Tschechoslowakei gründete er seine erste Schuhfabrik. Die heute ein gewaltiges, weltumspannendes Unternehmen ist. Bata dankt den Erfolg in der Hauptsache seinem „System“ einer raffinierten Rationalisierung, bei der immer eine Betriebsabteilung der anderen nach rein technischen, kapitalistischen Grundfragen verantwortlich war. Was der Arbeiter wurde, das äußerste verlangt. Gewerkschaften und ihre Interessen an den Betrieb... Der Name Bata wurde zum Symbol großer Kapitalistischer Geschäfte in der ganzen Welt.

Über der Schöpfer des Ganzen liegt nun mit erschüttertem Körper auf der Bahre...

Anwaltskrieg  
Zwischen den Berliner Spitzenanwälten tobt eine heftige Konkurrenzfehde. Der Ständekrieg begann mit der Aufrollung der Affäre „Stinnes-Glück-Gollant-Alsberg“. Es hat sich durch die bisherigen Verhandlungen vor der Berliner Anwaltskammer bereits gezeigt, daß die in dieser Sache gegen Gollant und Alsberg erhobenen Vorwürfe der Richterbeeinflussung einen Schlag ins Wasser darstellen. Unzweifelhaft schuldig hat sich in dieser Affäre (in der das Urteil über das Verhalten des verantwortlichen Richters noch aussteht) bisher nur der inzwischen verstorbene Minister Gluck gemacht. Der Spiel ist nun aber umgedreht worden: der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht Berlin hat gegen den Berliner Rechtsanwalt Dr. Erich Frey Anklage wegen nicht sandesgemäßen Verhaltens erhoben. Dr. Frey gilt allgemein als der Inhaber des in erster Linie gegen seinen Konkurrenten Alsberg gerichteten Feldzuges.

Gegen Dr. Frey schweben außerdem noch zwei Ermittlungsverfahren der Anwaltskammer. Das eine erstreckt sich über den im Dezember-Prozess laut gewordenen Vorwurf, daß ein Teil der Schweregelehrer für ein Berliner Wochenschrift über Dr. Frey geleitet worden sein soll, das andere bezieht sich auf Vorwürfe im Berliner Rundfunkprozeß, in dem sich der Intendant der Berliner Funkstunde gegen böswillige Unterstellungen in dem Schöffelroman „Wir schalten um“ des Schriftstellers Heinrich Scharte zur Wehr setzte. Dr. Frey soll in diesem Prozeß ansehnlich nicht die Interessen seines Mandanten Scharte, sondern die eines Funktionär-Bevollmächtigten vertreten und Scharte dafür mit einem Teil des mit der Funkstunde vereinbarten Honorars entschädigt haben.

also mit kleinsten Schritten abgemildert werden. Das wird aber, so erklärte Schöffel auf der Beiratsagung mit schärfstem Nachdruck nicht geschehen. Im Gegenteil; die Funktionäre des Verbandes würden nunmehr erst recht aktiv sein. Ebenso werde der Verein seiner merkwürdigen und weltfremden Arbeiter „Freunde“, unter fortgesetzter Beschimpfung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei die Bildung einer Einheitsfront des Arbeitervolkes zu verhindern, die Eisenbahner nicht verwirren.

Schöffels Situationsbericht fand in der Aussprache völlig einstimmige Zustimmung, und mit großer Zuversicht kam dabei zum Ausdruck, daß bei der im Lande vorhandenen Kampfbereitschaft der Arbeiter die Arbeiterpartei die Ausfühlerin für einen durchschlagenden Wahlerfolg der Sozialdemokratie die denkbar besten seien.

# Wohlfahrtsstaat?

Ja, wir wollen den Wohlfahrtsstaat! Aber —

Wohlfahrt für die Millionen Bedürftigen, nicht

für die Millionäre

Das Kabinett der Barone hat die früheren Regierungen beschuldigt, aus dem Staat eine Wohlfahrtsanstalt gemacht und damit die moralischen Kräfte des Volkes zerstört zu haben.

Wo war der Schrei gegen den Wohlfahrtsstaat, als die Indulgenzherzöge und Finanzmagagnaten gemeinsam nach der Hilfe des Staates geschrien haben?

Viele Milliarden sind in Gestalt von Subventionen, Krediten und Stipendien diesen Klassen zugeflossen, und diese Millionen sind bezahlt worden durch gewaltigste Opfer eines schwer kämpfenden Volkes!

Die tiefste Unmoral, das moralisch zerschendende Element unserer Zeit — das ist die Begehrlichkeit dieser Schichten, gepaart mit ihrer tiefen Verlogenheit und der kraßen Unbarmherzigkeit gegenüber dem eigenen Volke!

Wir bekennen uns zum Wohlfahrtsstaat!

Wir bekennen uns zu dem Grundjah, daß der Staat alles tun muß, um die Ansprüche des Arbeitervolkes auf Lohn und Gehalt und die Unterstügung der unschuldigen Opfer der Krise unbedingt zu sichern!

Wir bekennen uns zu dem Grundjah, daß der Staat das Leben und des Lebens Notdurft für alle seine Bürger gewährleisten muß! Wir bekennen uns zu dem Grundjah, daß der Reiche opfern muß für den Armen!

Das Glück und die Wohlfahrt der arbeitenden Klassen eines Volkes sind die Voraussetzung seiner moralischen Kraft und der Zweck des Staates!

Wohlfahrtsstaat für die Millionen, aber nicht für die Millionäre — das ist unsere Parole!

Kämpft mit uns!  
Wählt sozialdemokratisch!

Unterweltliches  
Von Beamten der Berliner Kriminalpolizei wurden 12 Mitglieder eines Unterweltvereins verhaftet. Die Festgenommenen sind Teilnehmer des Feuerüberfalls, der vor einigen Tagen auf eine Gastmahlzeit in einem Hause in Berlin-V. verübt wurde. Anführer des Überfalls war offenbar der Portier Georg Schubert. Schubert war vor einiger Zeit aus einem Berliner Unterweltverein ausgeschlossen worden. Er trat nun in einen anderen ein und inszenierte mit etwa 20 Komplizen einen Raubüberfall gegen das Stammlokal des Vereins, aus dem er hinausgeworfen worden war. Es kam zu einer heftigen Schießerei, in deren Verlauf zwei Gäste des Lokals Verletzungen erlitten. Als die Situation für Schubert und seine Leute ungemächlich wurde, räumte er das Feld. Jetzt hat ihn das Schicksal trotzdem ereilt; aber am Donnerstag mittag richtete eine Deputation von Mitgliefern seines Unterweltvereins auf den Berliner Polizeipräsidenten und — bat um eine milde Beurteilung des Falles.

„Schuhkönig“ Bata verunglückt  
Mit seinem Flugzeug abgestürzt  
W.B. Prag, 12. Juli. Der bekannte Schuhgroßindustrielle und Millionär Thomas Bata ist heute früh auf einer Flugreise nach der Schweiz tödlich verunglückt. Der Apparat, der gegen 6 Uhr früh gestartet war, ist noch über Batsas Privatflugplatz in Drtikovice aus der Höhe von etwa 700 Metern plötzlich abgestürzt. Der Pilot war auf der Stelle tot. Bata selbst lebte noch, als man ihn aus den Trümmern herausholte. Er starb aber während der Ueberführung ins Krankenhaus.

Thomas Bata wurde 1876 in Zlin (Mähren) als Sohn eines armen Schuhmachers geboren. Er erlernte bei seinem Vater das Schuhmachergewerbe. Bereits im Jahre 1917 lieferte er 1000 Paare Schuhe bei einem Stamm von 4000 Arbeitern 10000 Paar Schuhe. Ende 1930 befanden sich allein in Zlin 32 Bata-Fabriken, in denen rund 16 000 Arbeiter eine Tagesleistung von 100 000 Schuhen erbrachten.

Der tschechische Schuhkönig hat klein begonnen. In Zlin in der Tschechoslowakei gründete er seine erste Schuhfabrik. Die heute ein gewaltiges, weltumspannendes Unternehmen ist. Bata dankt den Erfolg in der Hauptsache seinem „System“ einer raffinierten Rationalisierung, bei der immer eine Betriebsabteilung der anderen nach rein technischen, kapitalistischen Grundfragen verantwortlich war. Was der Arbeiter wurde, das äußerste verlangt. Gewerkschaften und ihre Interessen an den Betrieb... Der Name Bata wurde zum Symbol großer Kapitalistischer Geschäfte in der ganzen Welt.

Über der Schöpfer des Ganzen liegt nun mit erschüttertem Körper auf der Bahre...

Anwaltskrieg  
Zwischen den Berliner Spitzenanwälten tobt eine heftige Konkurrenzfehde. Der Ständekrieg begann mit der Aufrollung der Affäre „Stinnes-Glück-Gollant-Alsberg“. Es hat sich durch die bisherigen Verhandlungen vor der Berliner Anwaltskammer bereits gezeigt, daß die in dieser Sache gegen Gollant und Alsberg erhobenen Vorwürfe der Richterbeeinflussung einen Schlag ins Wasser darstellen. Unzweifelhaft schuldig hat sich in dieser Affäre (in der das Urteil über das Verhalten des verantwortlichen Richters noch aussteht) bisher nur der inzwischen verstorbene Minister Gluck gemacht. Der Spiel ist nun aber umgedreht worden: der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht Berlin hat gegen den Berliner Rechtsanwalt Dr. Erich Frey Anklage wegen nicht sandesgemäßen Verhaltens erhoben. Dr. Frey gilt allgemein als der Inhaber des in erster Linie gegen seinen Konkurrenten Alsberg gerichteten Feldzuges.

Gegen Dr. Frey schweben außerdem noch zwei Ermittlungsverfahren der Anwaltskammer. Das eine erstreckt sich über den im Dezember-Prozess laut gewordenen Vorwurf, daß ein Teil der Schweregelehrer für ein Berliner Wochenschrift über Dr. Frey geleitet worden sein soll, das andere bezieht sich auf Vorwürfe im Berliner Rundfunkprozeß, in dem sich der Intendant der Berliner Funkstunde gegen böswillige Unterstellungen in dem Schöffelroman „Wir schalten um“ des Schriftstellers Heinrich Scharte zur Wehr setzte. Dr. Frey soll in diesem Prozeß ansehnlich nicht die Interessen seines Mandanten Scharte, sondern die eines Funktionär-Bevollmächtigten vertreten und Scharte dafür mit einem Teil des mit der Funkstunde vereinbarten Honorars entschädigt haben.



# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

18. Juli

1688 Revolution in England. — 1793 Charlotte Corday erschlägt Marat. — 1845 \*Bolschwistkattler Th. Bergta. — 1874 Attentat Kaufmanns auf Bismarck. — 1889 \*Dichter Robert Damerling. — 1920. — Frieden Rußland-Ostau. — 1922 Der Reichstag votiert das Arbeitsnachweis-Gesetz.

## Schwüler Juli-Tag

Allen trüben „Wolken-Konzentrationen“ am Himmel und dunklen „Schleiereisen“ auf der Erde zum Trotz ist Frau Sonne nun endgültig als Siegerin hervorgegangen. Sie lenkt ihre goldenen Strahlenbündel, lacht freundlich vom blauen Himmelszelt zur Erde hernieder und lüftet die Menschen, die schon irgendwie nicht mehr viel zu lachen haben, ein klein wenig fröhlicher zu stimmen. Wir hoffnungsvollen Erdenbewohner freuen uns des Sonnenscheins, der golden durch die grauen Straßen der Stadt flutet, und lassen die stubenlufttaumelnden Knochen gerne wieder ein wenig aufwärmen. In Park und Anlagen, wo die Menschen hauptsächlich am späten Nachmittag ein wenig Erholung suchen, eracht sich die Natur in üppigstem Grün, herrlich bewaldeter Duff blühender Pflanzenwelt besetzt den Atem, farminrot leuchten wieder die Blüten des Rotdorns. Gärtnere sind eifrig dabei, verschiedene Beete wieder aufzugraben und die Frühjahrsblumen gegen sommerliche Blumenarten auszutauschen. Im sonnendurchfluteten Kelter ergeht sich fleißig das Fliegen- und Mückenvolk. Vögel hüpfen von morgens bis abends zwischen den Zweigen und jubelieren. Schwül ist die Luft.

Es wird Abend in der Stadt. Rötlich flammt der Schein des sinkenden Sonnenballs am westlichen Horizont, schräg fallen die Strahlen über die Dächer der Häuserblöcke. Während in den Hauptstraßen noch der Verkehr des Tages brandet, Rattern der Straßenbahnen, Klang der Autohupen ertönt und Benzingeruch in dunstigen Schleieren über dem Pflaster liegt, hat bereits Regen eingesetzt.

Hinter blumenstoderverzerrten Fensterjalousien werden die Köpfe hinauslehrender Menschen sichtbar. Stühle werden ans Fenster gerückt, auf denen Zeitungslieferer Platz nehmen, um während dieser Letztüre noch ein wenig die würzige Luft des Abends zu atmen. Grammophonmusik läßt durch offene Fenster in die sich allmählich senkende Dämmerung hinaus.

Nacht weht ihre dunklen Schleier. Schon liegt die stille Straße verfallen im Mondenschein. Die schlafenden Kinder sind längst in die Häuser gerufen worden. Hinter den Fensterstößen sind die Lichter schon meist erloschen. Auch in dem kleinen Vorgarten an der Straßenecke sitzen nur noch vereinzelt Gäste. Ab und zu fährt einmal ein Auto durch die Straße und wirft grelle Bänkel Scheinwerferlichts gegen die grauen Mauern der Häuser.

Nächtliche Stille herrscht. Ein paar Laternen erleuchten einjam das Straßensplachter, dem noch leicht die tagsüber eingelassene Sonnenschwüle entströmt. Von Zeit zu Zeit klingt Lärm vom Stadlinnen herüber oder das Pfeifen einer Lokomotive. Irigendwo am Dache miaut ein Kater, der es dem unfreiwilligen Zuhörer überläßt, darüber nachzudenken, ob mit diesem schönen Konzert die hianke Scheibe des zunehmenden Mondes gemeint sein soll oder vielleicht die schwarze „Käbin“ am Dachstuhl gegenüber. W. S.

## Diensttätigkeit der Gewerbepolizei in den Monaten Mai und Juni 1932

In den Monaten Mai und Juni wurden 1718 Kannen Milch geprüft und 598 Proben zur Untersuchung erhoben. Davon wurden 32 Proben als gewässert (10 bis 35 Prozent Wasserzusatz), 15 als schmutzig, 4 als lauer, 2 als entrahmt und als fettarm beanstandet. Die Beanstandungen fallen den Produzenten und Sammlern zur Last.

Von Lebens- und Genussmitteln wurden im ganzen 112 Proben zwecks Untersuchung erhoben. Davon wurden beanstandet: Butter wegen zu hohen Wassergehalts, Schweinefleisch wegen Beimengung von Rindertalg, Mettwurst wegen Färbung, Leberwurst wegen Brotzusatz, Milchweide wegen Verwendung von Wasser statt Milch, Doppelfisch wegen Mangel an Essigsäure, Marmelade wegen ungenügender Einlösung und zu hohen Wassergehalts, Kunsthonig und Mineralwasser wegen irreführender Bezeichnung, Malzkaffee wegen ungenügender Vorfeimung, Hülsenfrüchte und Kaffeebohnen, welche mit Würmern und Käfern durchsetzt waren und Quarz, welcher 84 Prozent Wasser enthielt.

Die Kontrollen über Preisaushänge in den Geschäften ergaben abermals mehrere Beanstandungen.

Gegen mehrere Wirte mußte eingeschritten werden, weil sie beim Verkauf von Mineralwasser zu hohe Preise forderten.

Zur Anzeige gelangten 167 Personen wegen Zuwiderhandlungen gegen wirtschaftliche und gewerbliche Gesetze und Verordnungen, darunter 9 Gewerbetreibende wegen Vergehens gegen die Arbeitszeitverordnung, 10 wegen unerlaubter Sonntagsarbeit, 8 wegen unerlaubten Sonntagswarenverkaufs, 5 wegen unlauteren Wettbewerbs, 11 Milchhändler wegen Verkaufs von Rohmilch, 7 Ladeninhaber wegen Flaschenbier- und Branntweinverkaufs ohne Erlaubnis.

## Die Polizei berichtet:

### Vorfürhungen

Dem Volkstheater wurden 8 Personen vorgeführt.

### Zur Anzeige gelangten

30 Personen wegen Nichtbeachtung der Verkehrsvorschriften, 3 Personen wegen gewerbepolizeilicher Übertretungen, 4 Personen wegen arben Unugs und Kubeförnung, ein 28jähriger Monteur wegen Bedrohung, ein 30jähriger Uhrmacher wegen Körperverletzung, ein verheirateter Maler wegen erschwerter Körperverletzung, ein 28jähriger Kaufmann wegen falscher Namensangabe.

### Fahrrad Diebstähle

Gehtohlen wurden 6 Fahrräder, aufgefunden ein Fahrrad.

### Mohlinge

Ede Sofien- und Scheffelstraße wurde heute nacht ein 29jähriger Kaufmann aus Rielingen von zwei jungen Burschen belästigt und im Verlaufe des sich entwickelnden Wortwechsels mit einer Schreckhufschußpistole in das Gesicht geschossen. Der Bedauernswerte erlitt Verletzungen an beiden Augen. Nach den Tätern wird gefahndet.

Wegen arben Unugs erlannte ein lediger 24jähriger Arbeiter zur Anzeige, weil er gestern nachmittags in der Waldhornstraße gegen Mitglieder der NSDAP tätlich wurde.

## Was muß ich von der Lohn- und Gehaltspfändung wissen?

Lohnpfändungen werden nicht durch den Gerichtsvollzieher, sondern durch das Vollstreckungsgericht (Amtsgericht) vorgenommen. Dagegen werden die Zustellungen der Pfändungsbefehle durch den Gerichtsvollzieher vollzogen. Zuständig ist das Vollstreckungsgericht, bei dem der Schuldner seinen Wohnsitz hat. Erforderlich ist ein Antrag auf Pfändung und Ueberweisung. Diefem Antrag muß der vollstreckbare Schuldtitel beigelegt werden. Der vollstreckbare Schuldtitel muß aber schon vorher dem Schuldner ausgestellt worden sein.

Ab 1. Juli 1932 unterliegt der Lohn oder das Gehalt bei täglicher Auszahlung bis zu 6.30 RM. wöchentlich und von 38.— RM. monatlich, bei wöchentlicher Auszahlung bis zu 38.— RM. bei monatlicher Auszahlung bis zu 165.— RM.

nicht der Pfändung. Uebersteigt der Lohn oder das Gehalt die Summe von 6.30 RM. täglich, von 38.— RM. wöchentlich und von 165.— RM. monatlich, dann ist ein Drittel des Betrages, der diese Summe übersteigt, der Pfändung nicht unterworfen. Beispiel:

Wochenlohn 54.— RM.  
Pfändungsfreier Wochenlohn 38.— RM.  
Vom Mehrbetrag (= 16.— RM.) ist ein Drittel pfändungsfrei (16.— RM. : 3 =) 5.33 RM.  
Insgesamt sind pfändungsfrei 48.67 RM.  
Der Lohnpfändung unterliegen also 10.67 RM.

Der pfändungsfreie Lohnbetrag muß erhöht werden, wenn der Schuldner

seiner Ehefrau  
seiner früheren Ehegatten  
seiner Kinder und Stiefkindern  
seiner sonstigen Verwandten

Unterhalt zu gewähren hat. Für jeden dieser Unterhaltspflichtigen erhöht sich der unpfändbare Teil um ein Sechstel des Mehrbetrages. Es dürfen aber insgesamt nur zwei Drittel des Mehrbetrages

pfändungsfrei bleiben. Ein Drittel des Mehrbetrages kann also immer gepfändet werden.

Beispiel:  
Das Monatsgehalt beträgt 225.— RM.  
Der Schuldner ist verheiratet und hat mehrere Kinder.

Das pfändungsfreie Gehalt beträgt 165.— RM.  
Vom Mehrbetrag (= 60.— RM.) ist ein Drittel pfändungsfrei (60.— RM. : 3 =) 20.— RM.  
Vom Mehrbetrag ist ein Sechstel für die Ehefrau pfändungsfrei 10.— RM.  
Vom Mehrbetrag ist ein Sechstel für die Kinder pfändungsfrei 10.— RM.

Insgesamt sind pfändungsfrei 205.— RM.  
Es können mithin gepfändet werden 20.— RM.

\*) Insgesamt nicht mehr als zwei Drittel des Mehrbetrages. Uebersteigt der Lohn oder das Gehalt die Summe von 500. RM. für den Monat oder 115 RM. für die Woche oder 19. RM. für den Tag, so fällt die Vergütung für die Ehefrau, Kinder und die übrigen oben genannten Personen weg.

Für die Beamtengehälter gelten die gleichen Vorschriften, nur verbleiben dem Beamten außer dem pfändungsfreien Betrag des Gehalts in Höhe von 165 RM. zwei Drittel des Mehrbetrages, so daß also nur ein Drittel der Pfändung unterliegt. Kinder- und Familienzulagen sind in diesem Falle nicht der Pfändung unterworfen.

Die Steuern und die Beiträge zur Sozialversicherung sind bei der Berechnung des pfändungsfreien Lohns und Gehaltsbetrages nicht abzuziehen.

Bei allen Lohn- und Gehaltspfändungsanträgen muß stets angegeben werden, ob der Schuldner ledig oder verheiratet ist, und ob er unterhaltspflichtige Kinder hat. Otto Bauer.

## Veranstaltungen

Kaffee Bauer. Pianist Georg Tröber spielt im heutigen Sonderkonzert als Einlage Hebers Rondo brillant und Tarantella von Heller. 2. Teil kommt moderne Unterhaltungsmusik zum Vortrag. (Siehe die Tagesblätter.)

Mittwoch, den 13. Juli 1932:

Städt. Konzerthaus: Trieberte. 20 Uhr.  
Sitzgitarre: Streichkonzert. 16 Uhr.  
Marie-Bath: Der Hechtberrhübel. Beschprogramm.  
Sammerr-Schiffplatz: Ritter der Luft. Beis im Schauspiel. Beiprogramm.  
Kaffee Bauer: Sonderkonzert Kapelle Ernst Walter. 20.30 Uhr. Am Samstag ein Teil Wagnerschau. Unterhaltungsmusik.

## Darstellungen

Am Donnerstag, 14. Juli, veranstalten Partei, Eisene Front und Arbeiterportvereine einen Kampfaufmarsch durch Darzlanden, anschließend findet eine große Kundgebung auf dem Marktplatz statt, wo Reichstagskandidat Gen. Dr. H. Kemmerle über „Die Arbeiterklasse im Entschreibungsstadium“ sprechen wird.  
Wählerinnen, Wähler, Gewerkschaftskollegen, Parteigenossen, Arbeiterportler: Heraus zur Kundgebung!

## Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Parteiorkandslung. Mittwoch, den 13. Juli, 20.30 Uhr, Vorlandung im Volkshaus.

Die Bezirksleiter und alle Parteimitglieder werden zu einer Besprechung am Donnerstag abend 6 Uhr zu Gen. Dr. H. Kemmerle in der Kaiserstraße 46. freundlichst eingeladen.

Bezirk Mittel- und Südweststadt  
Am Mittwoch, den 13. Juli 1932, abends 8 Uhr, in der Gambriushalle Versammlung. Es spricht Gen. Dr. H. Kemmerle über die kommenden Reichstagswahlen. Volksfreundliche sonstige mit der SPD. sympathisierende sind hierzu eingeladen.

Bezirk Beiertheim  
Am Mittwoch, 13. Juli, abends halb 9 Uhr, im „Beiertheimer Hof“ Bezirksversammlung. Gen. H. Kemmerle spricht über den Kampf gegen die Nazi-Papenheimer. In dieser Versammlung werden keine Karten abgegeben.

Arbeiterwohlfahrt  
Die Genossinnen werden gebeten, heute Mittwoch abend 7.30 Uhr in die Räume der Arbeiterwohlfahrt, Karl-Friedrich-Straße 22, zu kommen, zwecks Uebernahme einfacher Näharbeiterinnen.

## Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Uniformbestellungen müssen schleunigst getätigt werden. Anna Bauer auf der Geschäftsstelle, Volkshaus, 5-8 Uhr nachmittags. Technische Leitung.

## EISERNE FRONT KARLSRUHE

Bezirk Altstadt  
Seute abend 7.45 Uhr Auftreten im „Elefanten“. Jeder erscheinend.  
J. S. 1 und 5 (Mittel- und Südweststadt)  
Donnerstag, 14. d. M., abends 8 Uhr, wichtige Versammlung im Bezirkslokal (Gambriushalle). Alles reiflos erscheinen.

Bezirk Kuppurr  
Donnerstag abend 8.30 Uhr Auftreten beim Festamt Kuppurr.

## Kundgebungen

Kinheim  
Freitag, den 15. Juli, abends halb 9 Uhr, in der Friedrichs-Krone  
Kundgebung!  
Redner: H. Kemmerle, Minister a. D. Republikanischer heraus! 8 Uhr Auftreten Ede Mannheimer Straße und Hirtweg. Die Eisene Front marschiert im Kampf für den Sozialismus.

## Oeffentliche Wahlversammlungen

Südstadt  
Mittwoch, den 13. Juli, um 20 Uhr, in der Deutschen Eiche, Gartenstraße 60,  
allgemeine Wählerversammlung.

Reichstagskandidat und Rechtsanwalt S. Weis-Karlsruhe spricht über: Der Reichstagswahlkampf — Kampf gegen Kapitalisten und Monarchisten.  
Nicht nur Parteifreunde, sondern auch die Wähler sind hierzu freundlichst eingeladen. Kommt und hört um was es bei diesem Wahlkampf geht. Die Bezirksleitung.

Altstadt  
Genosse Landtagsabgeordneter H. Weismann spricht am Mittwoch, den 13. Juni, abends 8 Uhr, in einer  
öffentlichen Versammlung  
im Elefanten.  
Parteigenossen, Genossinnen, Kameraden der Eisernen Front, sorgt für einen Massenbeisuch.

Hardtwald-Siedlungen  
Freitag, den 15. Juli 1932, abends 8 Uhr, im Prinz Berthold, Hardtwaldstraße,  
öffentliche Wählerversammlung.

Thema: Die Reichstagswahl 1932. Referent: Landtagsabg. Kurt Gröhningen.  
Die Mitglieder der SPD., der Eisernen Front, sowie die Parteigenossen und Genossen, sowie Freunde unserer Bewegung sind freundlichst eingeladen. Eintritt freil! Freie Ausprache. Die Bezirksverwaltung.

## ADGB und Afa-Kartell

Am Mittwoch, den 13. Juli, abends 5 Uhr, spricht Arbeitsekretär Gen. Erb über das Fürsorgegesetz, wozu unsere Mitglieder ebenfalls eingeladen sind. Die Erwerbslosenkommission.

(:) Todesfall. Wiederum hat der unerbittliche Tod eine Lücke in unsere Reihen gerissen. Einer unserer Besten, das langjährige Parteimitglied Wilhelm Franer, ist letzten Montag früh plötzlich einem Herzschlag erlegen. Noch am letzten Samstag rückte er in seinem Betrieb im Stadt. Schlachthaus die Belegschaft auf zur Teilnahme an unserem so überaus wichtigen Demonstrationsaufmarsch. Und jetzt ist er schon im blühenden Mannesalter von 48 Jahren zur großen Arme abgemandert, von der es keine Wiederkehr gibt. Eine sechsöpfige Familie und mit ihm die gesamte Partei, steht trauernd an den Bahre eines teuren Toten. Wir werden sein Andenken heilig in Ehren halten. Heute, Mittwoch nachmittags 3 Uhr, findet die Beerdigung statt, zu der wir unsere Parteigenossen und Genossinnen um zahlreiche Beteiligung bitten.

### Besteuerung der Landwirtschaft

Die Sozialdemokratie kann für sich ohne Verletzung in Anspruch nehmen, die einseitige Partei zu sein, die von jeder für eine gerechte Verteilung der Steuerlasten auch in der Landwirtschaft eingetreten ist. Sie hat sich immer und immer wieder mit äußerster Energie dagegen gewandt, daß die landwirtschaftlichen Großbetriebe auf Grund ihrer Buchführung steuerlich veranlagt werden, wodurch ihnen die Möglichkeit gegeben wird, mit allerhand Finessen und Täuschungsmethoden der einseitigen Buchführungsinstitute den Staat um einen erheblichen Teil der Steuern zu betriegen. Sie hat sich weiter mit gleicher Energie dagegen gewandt, daß die nichtbuchführenden Landwirte, insbesondere die Klein- und Mittelbauern, auf Grund der von den Finanzämtern festgestellten Pauschalsätze veranlagt wurden, die bis zur Durchführung des Reichsbewertungsgesetzes im Jahre 1927 die große Ungerechtigkeit in sich schlossen, daß der verbesserte Wechsellagswert aus dem Jahre 1913, zurunde gelegt wurde, der neben dem Grund und Boden auch Gebäude und Inventar einschloß.

Die Sozialdemokratie hat daher zur Beseitigung dieser Mißstände die Einführung einer einheitlichen Bodenwertsteuer nach dem nachhaltigen Ertrage, das ist der gemeine Wert, verlangt und außerdem die Offenlegung der Steuerlisten mit aller Energie gefordert. Sie hatte die Genugtuung, daß die Regierung Brüning sich genötigt sah, zwei bedeutende Schritte in Richtung der sozialdemokratischen Forderungen zu tun. Durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 wurden 3 wichtige landwirtschaftliche Steuern, nämlich die Einkommensteuer, die Vermögensteuer und die Grundvermögensteuer zu einer Einheitssteuer zusammengefaßt, während leider die Umsatzsteuer nicht mit einbezogen wurde. Gleichzeitig aber wurde die Freigrenze der Vermögensteuer von 5000 RM. auf 20.000 RM. erhöht und die Freigrenze bei der Umsatzsteuer auf 5000 RM. festgelegt. Außerdem wurde durch Verordnung über die Offenlegung der Einheitswerte vom 3. Februar 1932 die Offenlegung der Steuerlisten angeordnet.

Der Geschäftsführer der Vereinigung der Deutschen Bauernvereine, Dr. Ferdinand Jacobs, stellte in der „Deutschen Landwirtschaftlichen Presse“ vom 11. Juli 1931 fest, daß die umfängliche Einheitssteuer nicht mehr und nicht weniger bedeute als die Aufhebung der Einkommensteuer für die ersten 6000 Mark des Einkommens aus landwirtschaftlichem, forstwirtschaftlichem und gärtnerischem Vermögen. Er errechnet daraus eine Gesamtverminderung der Einkommensteuer der Landwirtschaft um circa 40 Millionen Mark. Eine weitere Erleichterung für die Landwirtschaft ist dadurch ein, daß die ersten 8000 Mark des Einkommens aus landwirtschaftlichem u. s. w. Vermögen von der Kräftesteuer der 3. Notverordnung vom 5. Juni 1931 freigelassen wurden.

Die Durchführung der Notverordnung vom 1. Dezember 1930, die bis zu einem gewissen Grade in der Richtung der sozialdemokratischen Forderungen lag, bedeutete also eine steuerliche Entlastung von mindestens 55 Millionen Mark für die deutsche Landwirtschaft, insbesondere aber durch die Heraushebung der Freigrenzen bei der Vermögensteuer und der Umsatzsteuer eine erhebliche Steuerentlastung bzw. -erleichterung für die landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebe. Hier war also der sozialdemokratische Grundgedanke zum Durchbruch gelangt, daß die Steuerentlastung der Kleinlandwirte ihrer Leistungsfähigkeit angepaßt werden muß.

Die Regierung v. Papen hat durch ihre erste Notverordnung in diese Steuerentlastung dadurch sehr erheblich eingegriffen, als sie die Freigrenze für die Umsatzsteuer wieder aufgehoben hat, so daß ab 1. Juli dieses Jahres alle Umsätze der Landwirtschaft wieder der Umsatzsteuer unterliegen.

Eine gerechte Besteuerung der Kleinlandwirte wird erst möglich sein, wenn sie durch entsprechende Ausübung ihres Wahlrechts der Sozialdemokratie eine Mehrheit im Reichstage verschaffen und ihr die Durchführung der einheitlichen Bodenwertsteuer damit ermöglichen.

### Partei-Nachrichten

**Bretten.** Am Sonntag, den 17. Juli, findet vormittags 8 1/2 Uhr in der „Stadt Württemberg“ in Bretten eine Ortsbezirkskonferenz für sämtliche Ortsvereine des Bezirks Bretten statt. Gen. F r i n z wird sprechen über unsere nächsten Aufgaben im Bezirk Bretten. — Am Abend wird die politische Jugend „Der rote Jahn“ vorgeführt. Wir erwarten, daß sämtliche Ortsvereine zahlreich vertreten sind. Insbesondere erwarten wir die Anwesenheit sämtlicher Genossen von Bretten.

**Verhaußen.** Die für heute abend festgesetzte gemeinsame Versammlung in der Hopfenbergstraße des Turnvereins findet am morgigen Donnerstag, abends halb 9 Uhr, statt. Hierzu werden sämtliche Mitglieder der Partei, der Eiferer Front und die Mitglieder sämtlicher Arbeitervereine, soweit sie politisch auf unserem Boden stehen, erwartet. — Am heutigen Abend beteiligen wir uns an der Demonstration in Söllingen. Anzutreten pünktlich 7 1/2 Uhr am freien Turnplatz in Söllingen.

### Jugend

**Noter Faden.** Heute abend auf dem Turngymnastplatz wichtige Probe. Beginn pünktlich um 8 Uhr. Morgen Donnerstag im „Tanzsaal“ Musikprobe.

**SKJ, Karlsruhe.** — Durlach — Weingarten. Die für heute abend angelegte Ausfahrt findet nicht statt. Nächste Ausfahrt am Sonntag, Näheres in der Zeitung.

### Soziale Rundschau

#### Internationale Konferenz für soziale Arbeit

**Wien, Frankfurt a. M., 11. Juli.** Die internationale Konferenz für soziale Arbeit begann ihre Tagung mit einem Empfang im Römer. Die Präsidenten der internationalen Konferenz, Frau Dr. Marianne von Wedemeyer, eine Tochter des Präsidenten der Tschechoslowakei, betonte, daß das Problem der Familie, mit dem sich der Kongress beschäftigen werde, eines der wichtigsten sei, denn von der Familie hänge das Wohl des Volkes ab. — Staatssekretär Dr. G r i e f e r vom Reichsarbeitsministerium begrüßte die Konferenz im Namen der Reichsregierung. Die Reichsregierung erkläre in dieser Konferenz die Vertretung der Arbeiterfamilie. Deutschland sei in bitterer Familiennot. Für diese Not bestünde wohl nicht überall in der Welt ein genügendes Verständnis. Er hoffe, daß der Einblick in die deutschen Lebensverhältnisse den Teilnehmern der Konferenz ein Bild der deutschen Not vermitteln werde.

#### Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

**Todesfälle und Beerdigungszeiten.** 11. Juli: Josef Weipert, Kaufmann, Chemann, 40 Jahre alt. Beerdigung am 13. Juli, 14 Uhr. — Georg V r a s s, Chorführer, 82 Jahre alt. Beerdigung am 13. Juli, 14.30 Uhr. — Maria R a t t e r, 49 Jahre alt, Ehefrau von Josef Rattler, Bildhauer (Wulach). — 12. Juli: Theresia Ewald, 55 Jahre alt, Ehefrau von Maximilian Ewald, Sattlermeister. Beerdigung am 14. Juli, 15 Uhr.

## Karlsruher Umgebung

### Hohenwettersbach

**Goldene Hochzeit.** Unter Anteilnahme der ganzen Bevölkerung von Hohenwettersbach feierten am 9. Juli die Eheleute Karl Käfer das seltene Fest der goldenen Hochzeit. Im ganzen Bezirk als der rote Käfer von Hohenwettersbach bekannt, hat er stets, sei es als Mitglied des Bürgerausschusses oder als Agitator der Sozialdemokratischen Partei seinen Mann gehalten. Den Volksfreund hatte er schon abmontiert, als er noch von Efenburg gelehrt wurde, und ist ihm bis heute treu geblieben. So ist Genosse Käfer den Alten zur Ehre und den Jungen zur Lehre durch ein arbeitsreiches Leben zusammen mit seiner Ehefrau gewandert, die ihm stets als treue Lebensgefährtin folgte. Im Namen der Gemeinde, des Staatspräsidenten und des Landrats überbrachte Genosse Bürgermeisterstellvertreter G e l l e dem Jubelpaar die besten Glückwünsche zum Ehrentage, während der Reichspräsident das Jubelpaar mit einer besonderen Urkunde ehrete.

An dieser Stelle seien dem Jubelpaar auch unsere Glückwünsche dargebracht mit der Hoffnung, daß demselben auch weiterhin ein sonniger Lebensabend beschieden sein möge.

#### Aus dem Gemeinderat.

Nach Mitteilung des Bezirksrats Karlsruhe hat Bürgermeister Martin seinen Dienst als Bürgermeister am 1. Juli 1932 niedergelegt. Bis zum Amtsantritt eines neuen Bürgermeisters vertritt Gemeinderat G e l l e die Geschäfte des Bürgermeisters. Die Wahl eines Bürgermeisters findet am Sonntag, den 14. August 1932, von 10 bis 4 Uhr statt. — Der Arbeiterkolonie-Verein wird ein Beitrag bewilligt. — Der freiwillige Arbeitsdienst soll für gemeinnützige Arbeiten eingeführt werden. — Die Wahlkommission zur Reichstagswahl am 31. Juli 32 wird bestimmt. — Die Berechtigung der beiden Schulräte soll im Submissionswege vergeben werden. — Den Eheleuten Karl Käfer und Gustav Kottender soll aus Anlaß ihrer goldenen Hochzeit eine Ehrengabe überreicht werden. — Dem Entwurf des Gemeindeverordnungsrahmens 1932/33 wurde zugestimmt. — Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von der Eintragung einer Sicherungshypothek für etwaige Forderungen aus dem Dienstverhältnis des früheren Gemeindeverwalters. — Am Freitag, den 15. Juli 1932, findet eine Bürgerausschusssitzung statt.

## Pütsch gegen Reichstagswahl?

**Das große Maul, Nazi-Feder, im Nebentamt M. d. R., erklärte dieser Tage in Bremen: „Vielleicht kommt es gar nicht mehr zur Reichstagswahl. Es kann bei uns so werden, daß der ausgeschlossen wird, der nicht mit der Waffe sich seiner Haut zu wehren weiß. Die Reichstagswahl soll uns lediglich nach außen legitimieren.“**

### Wer keinen Bürgerkrieg will,

**wer nicht will, daß die Jugend verrotzt und zu Mördern erzogen wird,**

**der schließt sich der „Eisernen Front“ an.**

### Sagsfeld

**Volksliedkonzert des Gesangsvereins Frohsinn.** Der Sagsfelder Gesangsverein Frohsinn ist unter den Ortsgruppen im Gau Baden als besonders tüchtiger, leistungsfähiger Verein schon seit Jahren bekannt. Das Programm seines letzten Konzertes war der Pflege des alten Volksliedes gewidmet. Die zu Gehör gebrachten Weisen stammen zum Teil noch aus dem 15. Jahrhundert. Sie sind in Wort und Weise so volkstümlich gehalten, daß auch heute noch der Sänger und die Hörer seine Freude an diesen Schöpfungen haben muß. Man kann aber die Fülle von beweglicher Melodie, von rhythmischer Aufregung, von inniger Naturverbundenheit und harmonischer Eigenart, die aus diesen Weisen sprechen und ihnen ein besonderes Gepräge geben, der Musikwelt nicht gegenüberstellen mit Neubearbeitungen überflüssig. Darunter sind viele Nieten, in denen die charakteristischen Eigentümlichkeiten des alten Volksliedes vernichtet sind. Mit fester Hand hat der Chorleiter des Frohsinn, O s t a r Käst, verstanden, die weniger wertvollen Stücke zu umgehen und eine Linie aufzuziehen, die die Wandlung des mittelalterlichen Volksliedes bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts darstellt. Dies war um so schwieriger, als diese alten Lieder auch textlich oft eine tiefgehende Veränderung erfahren haben. Das Programm zeigte, daß manche eble volkstümliche Weise, der einst ein Wimperlein unterlag, heute als Kirchengesang im Volk weiterlebt. Ein Zeichen dafür, wie gut es die Kirche verstanden hat, alles schon vorhandene Kulturgut in ihrem Sinne auszunutzen. Auch heute kann man Weisheiten verfolgen. Wer sich die Zeit nimmt, bei Versammlungen der Heilsarmee zuzuhören, erschrickt förmlich, wenn er plötzlich altbekannte Gesangsweisen wieder hört, auf die fromme biblische Texte gesungen werden. Ein Vergleich des alten Volksliedes mit dem modernen fällt unbedingt zugunsten des ersteren aus. Die Gefühle, die es zum Ausdruck bringt, sind inniger, offener, herzlicher und hingebender. Der ganze Mensch kommt in ihm zum Ausdruck. Melancholie wechelt mit einem gelunden, unwichtigen Humor, Todessehnsucht mit überstimmender Lust am Leben. Gerade in dieser Hinsicht war das Programm äußerst gehaltvoll und eindrucksvoll. Trotz seiner strengen Zusammenfassung vermittelte es nachhaltige historische und künstlerische Werte. Das gut durchgearbeitete Programm machte vor jedem einzelnen Text auf alles Wissenswerte aufmerksam und erleichterte dadurch Verständnis und Genuß der prachtvollen Tonanschauungen.

Für die Wiedergabe der alten Weisen war der Chorleiter genötigt, sein Instrument, den Chor umzustellen. Das Ohr seiner Sänger mußte an die ungenohnten Harmonien gewöhnt werden. Die jugendlichen rhythmischen Bewegungen, das Einmünderschließen der Stimmen und des Textes verlangen strenge musikalische Disziplin und bedeutendes technisches Können. Weides eignet dem Sagsfelder Frohsinn in hohem Maße. Dazu kommt ein ausgezeichnetes gestimmtes Stimmenmaterial. Die weltlichen Weisen erinnern mit ihrem volkstümlichen Charakter an gute Schultheaterstücke. Die Tendenz bewegen sich leicht, sie übernehmen sich nicht, sie treten aus dem Rahmen nicht heraus und klingen außerordentlich weich in der Höhenlage. Chorleiter Käst hat gewissenhafte Vorarbeit geleistet, so daß er seine künstlerischen Absichten bei der Aufführung voll verwirklichen konnte. Frau Emmy Käst vom Staatstheater in Wiesbaden bewährte sich als vorzügliche Konzertsängerin. Die Bühne hat dieser tragfähigen Stimme nichts anhaben können. Das dankt die Künstlerin vor allem ihrer ausgezeich-

neten Atemtechnik. In allen Lagen bleibt der Ton leicht, gehaltvoll und weiß die seelische Anteilnahme der Sängerin zu vermitteln. Sie fand in Hans W r e s t l i n g einen anregenden, feinsinnigen Begleiter. Das Konzert des Gesangsvereins Frohsinn, das vor dichtbesetztem Saal stattfand, bereicherte die Reihe der kulturellen Wirksamkeit der Arbeitergesangsvereine um ein wertvolles Glied.

### Weingarten

Mit einem imposanten und eindrucksvollen Demonstrationzug eröffneten hier die Kampfgenossen der Eiferer Front den Wahlkampf. Dem Zug voraus marschierten die Spielleute des Turnvereins v. 1880, die abwechselnd Haha-Martin- und Kampflieder ertönen ließen. Dahinter folgten die Schmuckliebende SAK, die einen roten und schwarzrotgoldenen Fahnenzug vorwärts trugen. Anschließend folgte die Kampftruppe der Eiferer Front, alles Männer im besten Alter, wobei auch die Unterarmbader Freunde gut vertreten waren. Ein farbenfrohes Bild bot sich den zahlreichen Zuschauern. Die freizeitsliebende republikanisch gesinnte Bevölkerung begrüßte den Zug öfters mit lebhaften Freizeitsrufen, die ein lautes Echo fanden. Als einige „Kasibuben“ an der alten Post mit einer abfälligen Bemerkung provozieren, scholl ihnen ein donnerndes „Nieder mit dem Faschismus“ entgegen. Aus allen Reihen bräunte der Kampfzug „Freiheit“ und vielhundert Kräfte stritten nach oben. Hier konnten diese jungen irreführten Menschen erleben, wie entschlossener Kampfwillen und Solidarität die freigelebte Arbeiterkraft auszeichnet. In musterhafter Ordnung kam der Zug in der Kärcherhalle an, die sich nach und nach bis auf den letzten Platz füllte. Nach einigen herzlichen Begrüßungsworten trug die K o r w a r t s k i n g e r sehr eindrucksvoll Genoss zum „Ficht“ vor, wofür ihnen großer Beifall geendet wurde. Der Referent, Gen. R i c h t e r Durlach sprach ein halbe Stunde über die politische Lage und hatte mit seinen sachlichen und anfeuernden Worten die Herzen aller Zuhörer gewonnen, die ihm mit lautem Beifall dankten. Was nun die Durlacher Spieltruppe „D e r r o t e F a d e n“ mit ihrem neuesten Programm darboten, waren Glanzleistungen. In rascher Reihenfolge brachten sie Proben köstlichen Humors und politischer Satyre zum Vortrag, die stürmische Beifall auslösten. Dieses Wahlprogramm mit seinen 16 Nummern füllte zwei volle Stunden aus. Die Leistungen der Durlacher Spieltruppe waren auf der Höhe und werden sicher auch an anderen Orten eine ausgezeichnete Wirkung haben. Allen Mitwirkenden an diesem Abend sei auch an dieser Stelle herzlich gedankt. Der Verlauf der Wahlkampfbewertungssammlung war ein guter, mögen die Helfer der Arbeit in jedes Haus tragen, und am Wahltag die Antwort geben.

### Mieß

**Berbestert doch endlich die Straßen**  
Der Besuch der Badelustigen am Rhein, a. B. in Neuburgweiler, nimmt immer weitere Ausdehnung an. Hunderte, ja Tausende kann man täglich haben sehen. Was uns nun beweist, diese Zeiten zu schreiben, das ist die schlechte Beschaffenheit der Zufahrtsstraßen. Man trifft nicht mehr viel Straßen, die nicht steuert sind. Nur die Straße vom Waldbausgang bis Ortsausgang Mieß ist noch in einem veralteten Zustand. Man stelle sich vor, jezt in dieser warmen Jahreszeit kein Fenster öffnen zu können vor lauter Staub und Dreck. Ein gelundenes Wohnen oder gar Schlafen ist ausgeschlossen. Aus gesundheitlichen Gründen müßte schon Abhilfe geschaffen werden. Die vielen Autos, Motorräder, die an den Rhein fahren, müssen die Rheinstraße benutzen, die etwa 800 Meter durch den Ort zieht. Daß die Straße nicht geteert wird, ist einfach unbedenklich. Das Material ist schon Monate lang angefahren. Die Autos aufzubringen müßte auch möglich sein. Wir richten an die zuständige Kreisbehörde die Bitte, diesen Miefstand recht bald abzustellen.

### Der Wahlkampf ist eröffnet

Die Sozialdemokratische Partei und die Eiferer Front haben am Sonntag den Wahlkampf eingeleitet. Im gutbesetzten Volkshausaal wurde der rote Faden, das proletarische Kabarett der Durlacher Arbeiterjugend, abgeleitet. Die neuesten Schläger „Aus des Großen W. Wert!“ „Musteralltag“ und gelunden dürfen die Vorkürungen genannt werden, durchwürt mit viel Wit und Humor. Lobender Beifall wurde den einzelnen Abhandlungen und der Spielerei zuteil. Die Veranstaltung ist rabig verlaufen und hat bei den Anwesenden tiefen Eindruck hinterlassen. Von Seiten der Parteigenossen hätte der Besuch ein besserer sein dürfen, es war der Jugend kein gutes Beispiel. Der Vorabend, Genosse T u r e d., richtete an die Anwesenden kurze wertige Worte, die Freiheit nicht in Gefahr kommen zu lassen und am 31. Juli den Stimmzettel der Sozialdemokratie abzugeben.

### Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Die Druckverteilung über dem Festland zeigt keine wesentliche Änderung gegenüber dem Vortage. Es wird daher die bestehende Witterung auch morgen andauern.

Wetterausblick für Donnerstag, den 14. Juli 1932.  
Im wesentlichen Fortdauer der bestehenden, vielfach gewitterigen Witterung.

### Wasserstand des Rheins

Basel 225 gef. 23, Waldshut 414 gef. 18, Schutterinsel 285 gef. 20, Kehl 455 gef. 48, Maxau 679 gef. 32, Mannheim 550 gef. 35 Zentimeter.

### Dereinsanzeiger

**Karlsruhe.**  
Arbeiterkammerarbeit. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr Kartellprobe im „Grünen Berg“, Kärcherstr. 33, zweites Mißwirkung bei den Straßenkonzert am 16. Juli in der Festhalle und bei Parteidarstellungen vor der Reichstagswahl. Die roten für die Chöre: „Lied Folsion“, „Früher zur Sonne“, „Sturm“ und „Arbeiterlied“ sind mitzubringen. Volksliediges Erörtern erwartet die Kartellleitung.  
Arbeiterkammerarbeit. Die Quartalsversammlung findet am Freitag, den 15. Juli statt.

**Chefredakteur:** Georg Schöpflin. Verantwortlich: Volpert, Brethaus Baden, Volkswirtschaft, Gewerkschaftliches, Soziales, Gesundheit, Aus aller Welt. Die Welt der Frau, Reize Nachrichten: S. G r a n e d a u m; Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Durlach, Aus Württemberg, Gerichtszeitung, Karlsruher Umgebung, Sozialistisches Rundfunk, Heimat und Wandern, Sport und Spiel, Auswanderer. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Kräger. Sämtliche Wohnort in Karlsruhe.

### Mehrfarbige Kellekarte von Baden

Ein interessantes neues Informationsmittel für den Besucher Badens, der zu längeren oder kürzeren Aufenthalten, auf Reisen, Autofahrten oder Wanderungen die schöne Landschaft im deutschen Südweltchen aufsucht, hat der Badische Verkehrsverband in seiner mehrfarbigen Kellekarte für den Handgebrauch herausgegeben (Größe 75/50 Zentimeter). Die Karte gibt eine Übersicht über das ganze Land mit den benachbarten Gebieten der Pfalz, Hessens und Württemberg in einer Darstellungsart, welche die Anschaulichkeit der Kellekarte mit der Genauigkeit einer Landkarte angenehm verbindet. Die eingeleiteten Verkehrswege der Badenen und Autofahrer ergeben mit der Übersicht auch die besten Darstellungen der geographischen Verhältnisse des Landes ein übersichtliches und farces Bild. Die neue Kelle- und Touristenkarte ist im handlichen Taschenformat vom Badischen Verkehrsverband Karlsruhe, Karlsruh. 10 (Postfachkonto Nr. 422 Amt Karlsruhe) zum Preis von 60 Pfg. franco erhältlich.

**Parole jetzt für jedermann:  
Freiheit! Legt die Freiheits-Pfeile an!**

### Kleine bad. Chronik

#### Schwere Unwetter über Baden

\* **Vörsach, 12. Juli.** Heute mittag wurde die Vörsacher Gegend von einem von Gewittern begleiteten schweren Wolkenbruch heimgesucht. In Vörsach selbst, wie auch in den benachbarten Orten, waren die

**Strahlen überslutet und das Wasser drang in die Keller, die es teilweise vollständig ausfüllte.**

Von den Hängen des Sünerbergers und des Tüllinger Berges, so wie von den Abhängen des Köttners Berges mähten sich die Wasser in förmlichen Sturzflüssen herab. Die Landstraße Tüllingen-Sauingen ist auf weite Strecken hin überslutet. Das Wetter hat in den Fluren starke Verwüstungen angerichtet und an den Bergabhängen die Ackerkrumme weggespült. Die Weide läßt Hochwasser und auch der Rhein scheint wieder im Steigen begriffen.

\* **Billingen, 12. Juli.** Heute vormittag gegen 11 Uhr ging über Billingen und dem Brigachtal ein schweres Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen nieder, das große Überschwemmungen verursachte. Die Weiden fanden im Augenblick unter Wasser und das Sen wurde massenweise weggeschwemmt. In Billingen schlug der Blitz in das elektrische Netz und verursachte eine kürzere Stromunterbrechung.

\* **Wiesloch, 13. Juli.** Das hintere Angelbachtal wurde am Dienstag nachmittag gegen 4 Uhr von einem schweren Unwetter betroffen, wobei ein Wolkenbruch die

**Strahlen bis zu einem halben Meter überspülte.**

Der Angelbach ist über seine Ufer getreten und hat bei Mühlhausen und Waldangeloch die Felder völlig unter Wasser gesetzt. In Eichtersheim sind einige Häuser regelrecht vom Wasser eingeschlossen. Teilweise mußte das Vieh aus den Ställen geschafft werden, da diese über einen Meter unter Wasser stehen. Auch die Gleise der Angelbachtalbahn sind unterpflüht, so daß der Betrieb ruhen muß. Der Schaden ist unsehbar, läßt sich aber bis jetzt noch nicht überschätzen.

\* **Dettingen, 12. Juli.** Auch hier ging ungefähr um die gleiche Zeit ein Gewitter nieder. Ein Blitzschlag zündete in der Scheune des Gastwirts Hoffmann. Die Scheune sowie eine angrenzende Nachbarnscheune brannten vollständig nieder. Die Feuerwehre mußte sich auf die Rettung des Wohnhauses beschränken, von dem nur ein kleiner Teil beschädigt wurde. Der Schaden dürfte durch Versicherung gedeckt sein.

\* **Baden-Baden, 13. Juli.** Gestern nachmittag ging hier wiederum ein schweres Unwetter nieder, das der Feuerwehre große Arbeit verursachte.

**Die Fürstenberger Allee stand 30 Zentimeter unter Wasser.**

Sogar der Straßenbahnverkehr mußte für eine Stunde unterbrochen werden. Die Fluren haben erheblichen Schaden gelitten.

#### Das Ende eines Familienkreises. — Unglücksfall

\* **Stillingen, 12. Juli.** Schmerzlich wurde die Familie des Gefäßhändlers Michael Weiler, nach vorausgegangenen Familienstreitigkeiten fand man denselben tot in der Scheune

liegen. Ueber die Todesursache sind Erhebungen noch im Gange. Wie sich jetzt herausstellt, ist der Maschinenmeister A. J. M. in im Maschinenraum verunglückt. Er war mit der Hand in das Getriebe geraten und hat wohl vor Schreck einen Schlaganfall erlitten, der den alsbaldigen Tod herbeiführte. Der Verstorbene stand 34 Jahre hindurch im Dienste der Sautentreu-Brauerei.

#### Räuberischer Überfall

\* **Lüßelsachsen (bei Weinheim), 12. Juli.** In der Nacht zum Montag wurde der in der Sommergasse hier wohnhafte alleinstehende 72jährige Schuhmacher Georg Schmitt im Schlafe überfallen. Der Täter versuchte ihm die Bettdecke über den Kopf zu ziehen und einen Knebel in den Mund zu stecken. In der Dunkelheit rang der Überfallene mit dem Angreifer, wobei Schmitt durch Hebe schwere Kopfverletzungen erlitt, die seine Entlassung in das Weinheimer Krankenhaus und eine sofortige Operation notwendig machten. Der Angreifer hatte es wahrscheinlich aus das im Hause aufbewahrte Geld abgesehen. Soweit bis jetzt festgestellt ist, wurde nichts gestohlen. Die Weinheimer Gendarmerie hat die Untersuchung sofort aufgenommen.

\* **Schliengen, Amt Mühlheim, 12. Juli.** Von Hornissen überfallen. Der Landwirt Karl Burget geriet beim Kirchspülen an ein Hornissenneß. Die wildgewordenen Hornissen umschwärzten ihn und brachten ihm mehrere Stiche unterhalb der Augen bei. Sofort stellten sich Schüttelfrost, Erbrechen und Uebelkeit ein, so daß der Unglückliche ins Krankenhaus verbracht werden mußte.

\* **Muenheim, 12. Juli.** Selbstmord eines Greises. Ein 81 Jahre alter Altersrentner hat sich erhängt. Schweres Leiden hat den alten Mann in den Tod getrieben.

\* **Rheinbischofsheim, 12. Juli.** Sparkassenrechner vernicht. Vernicht wird seit Sonntag der Leiter der Bezirksparkasse Rheinbischofsheim, Herr Michael Thormarth. Sein Fahrrad wurde am Rheinufer aufgefunden. Die Vermutung, daß er den Tod im Rhein gesucht hat, wird durch ein Schreiben des Vermittlers an das Bürgermeisteramt bestätigt. Ueber die Gründe der Tat schwebt noch völliges Dunkel.

\* **Muenheim, 12. Juli.** Hochwasserhaden. Das erneut aufgetretene Hochwasser hat auch die tiefer gelegenen Felder des Rheinvorlandes unter Wasser gesetzt und besonders an den Kartoffelfeldern großen Schaden angerichtet.

\* **Muern, 12. Juli.** Konflikt zwischen Mieter und Hausbesitzer. — Vetterer verübt Selbstmordversuch. Heute morgen halb 10 Uhr jagte sich der Witte der 50er Jahre stehende hiesige Blechenermeister Leo Knopf eine Kugel in den Kopf. Ein im Hause des Genannten wohnender Rechtskonsulent hatte am Sonntag gefündigt, was Knopf offenbar zum Anlaß nahm, heute früh mit seinem Mieter Streit anzufangen, in dessen Verlauf er der Mutter des Mieters mit der Art nachging, so daß die Frau bei Nachbarnleuten Zuflucht suchen mußte. Kurz darauf feuerte Knopf einen Schuß gegen sich ab. Ob der Hausbesitzer am Leben erhalten werden kann, steht noch nicht fest.

\* **Oberjasbach (Wühl), 12. Juli.** Haus abgebrannt. Heute morgen halb 8 Uhr brannte das Haus des Schneiders Gottfried Huber bis auf die Grundmauern nieder. Das Vieh konnte gerettet werden. Die Brandursache ist noch nicht aufgeklärt.

### Aus dem Gerichtssaal

#### Die Verfehlungen bei der Sparkasse Knielingen vor Gericht

Die umfangreichen Verfehlungen zum Nachteil der Gemeindef Sparkasse Knielingen bildeten gestern Gegenstand einer Schöffengerichtsverhandlung, in der der frühere Sparkassenrechner Friedrich Wilhelm Burkhard und der Weinbändler Wilhelm Bauer angeklagt waren. Obwohl Bauer nur ein Kredit von 5000 RM. eingeräumt war, hat ihm Burkhard über 200 000 RM. Kredit gewährt und ihm überdies einen Betrag von 28 500 RM. ohne Deckung und Buchung zur Verfügung gestellt. Er wird weiter beschuldigt, Schecks und Wechsel ohne Deckung und solche, auf denen Bauer die Unterschrift seines Schwiegervaters gefälscht hatte, hereingenommen zu haben. Ferner hat er zwei Grundschuldbriefe, die an die Sparkasse zur Sicherheit abgetreten waren, an Bauer herausgegeben und die Haus- und Bodenbank über den Verwendungszweck eines Zinsfreibetrags von 30 000 RM. gesteuert, welcher Betrag zur Begleichung der Barmittelungen verwendet wurde, anstatt an die Bauhandwerker ausbezahlt zu werden. Das Urteil lautet für B. auf 10 und für K. auf 7 Monate Gefängnis. In einzelnen Punkten der Vorlage, die auf fortgesetzte Urkundenfälschung und Betrug lautete, erkannte das Gericht auf Freispruch.

#### Hakenkreuz-Pest Ein friedliebender Nazi.

Im An Montag nachmittag wurde der 34 Jahre alte Kaufmann Friedrich August Maurer aus Wühlburg, welcher der NSDAP. angehört, dem Schnellrichter vorgeführt. Er ist wegen Körperverletzung im Sinne der Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen angeklagt. Er habe letzte Nacht zwischen 1 und 2 Uhr Eduard Mazau und Ruitzstraße den 29 Jahre alten Eisenbinder Fritz Gänger ohne Veranlassung angehalten und mit einer Luftpumpe, einem Schraubenschlüssel und einem Motorradfahrer-Sturmhelm auf ihn eingeschlagen, so daß er eine blutende Verletzung am Kopfe davontrug.

Das Schnellgericht verurteilte Maurer wegen Körperverletzung im Sinne des § 223 a zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat und erkannte auf Einziehung des zur Tat gebrauchten Schraubenschlüssels. Gegen den Angeklagten erging Haftbefehl wegen Verdunkelungsgefahr.

### Volkswirtschaft

#### Wünsche der Tabakbauern.

D.S. Schwetzingen, 11. Juli. Am Sonntag tagte in Schwetzingen die Hauptversammlung des Verbandes badischer Tabakbauern. Präsident Fritz Haber, Großschaffhausen, betont, daß die rückende Notlage allgemeiner Natur auch an den Tabakpflanzen nicht spurlos vorüberginge. Die Jahreshauptversammlung des Verbandes badischer Tabakbauern, in welcher etwa 700 Vertreter des organisierten badischen Tabakbauers zugegen waren, bitte die Reichsregierung, noch mehr als bisher die Förderung des Qualitätsstabakbaues durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen. Als Maßnahmen müssen u. a. angeprochen werden: der Bearbeitungsstand für Anbaugebiet in allen Fertigfabrikaten, wie Zigarren, Zigaretten und alle Arten von Rauchtabak, oder eine scharf überwachende Kontrollierung der Devisenzuteilung, oder die Kontingentierung der Einfuhr von ausländischen Roh-tabak. Als beste Unterstützungsmäßnahme muß der Verwendungszweck für inländischen Tabak angeprochen werden.

Praxis wieder aufgenommen  
**Dr. med. Hermann Schaefer**  
homöopath. Arzt  
Fernsprecher 3088 / Kriegsstr. 160

**Brüder Bär**  
Möbel jetzt Möbel  
Adlerstrasse 17  
Da keine Ladenmiete, wesentlich billigste Preise  
Besuchen Sie uns, Sie werden staunen

**Gaggenauer Anzeigen**  
Unterhaltungskonzert.  
Am Samstag, den 16. ds. Mts., von 8 Uhr nachmittags an, gibt die 108 Kinderharte Schillerkapelle der Stadt Karlsruhe unter der Führung des Herrn Kapellmeisters Greulich ein Konzert auf dem Rathausplatz. Hierzu werden die Kurgäste und die Einwohner ergebend eingeladen.  
Das Konzert bietet einen hohen Genuß.  
Gaggenau, den 12. Juli 1932.  
Der Bürgermeister.  
G. Quetbet.

Arbeiter! Werbt für euer Zeitung!

Radisches Landestheater  
**Sommeroperette**  
im  
Städt. Konzerthaus  
Mittwoch, 13. Juli  
**Friederike**  
Singspiel von Ludwig Herzog und Fritz Schöner  
Musik von Franz Lehár  
Regie: Bruckner  
Mitwirkende: Piermont Schöner, Krämer, Ebel, Bauer, Loritz, Schönthaler, Wagner, S. Minnius, Schneid, Eich, Zuger, Böler, E. Minnius, Böler, E. Lindemann, Schall, Schwarz, Rechner, J. Lindemann  
Anfang 8 Uhr  
Ende 23 Uhr  
Preise 1.00—3.00 M.  
Do. 14.7. Gräfin Mariza  
Fr. 15.7. Gräfin Mariza  
Sa. 16.7. Gräfin Mariza  
So. 17.7. Gräfin Mariza

Fahren Sie mit dem Lokalbahn, wenn Sie die Staatsbahn benutzen können? Nein! Niemals! Nie! Sehen Sie, beim Inserieren ist es dasselbe. Wenden Sie sich, wenn Sie rasch vorwärts kommen wollen, nie an die kleine, sondern an die große Zeitung, welche Gewähr bietet, daß Ihre Anzeigen auch wirklich von allen Bevölkerungsschichten in Mittelbaden und weit darüber hinaus gelesen werden. Inseriert in der sozialdemokratischen Zeitung

**Manfarden-Wohnung**  
4 Treppen hoch, 3 Zimmer und Küche auf baldigst zu vermieten. Preis 28 M. Näheres Kaiserstr. 61 im Hutgeschäft.

Ein sehr gut erhaltener  
Zellerwagenbesonders  
für Ruhgehörte geeignet,  
zu verkaufen. Zu  
erfragen Blauenhof,  
Weinheimer Str. 6.

**Küchen**  
2 Gasherde, verkauft  
Etab. Herrrent. 6.  
Schneidernähmaschine  
zu verkaufen. Preis 15 M.  
Schwarzbir. 47, IV

**Handwäscherlei** such  
Kunden zum Waschen  
und Bügeln bei billiger  
Berechnung. Ang.  
unter Nr. 3680 an den  
Volksfreund.

**Wohnhaus** such  
Kunden zum Waschen  
und Bügeln bei billiger  
Berechnung. Ang.  
unter Nr. 3680 an den  
Volksfreund.

**Wohnhaus** such  
Kunden zum Waschen  
und Bügeln bei billiger  
Berechnung. Ang.  
unter Nr. 3680 an den  
Volksfreund.

**Wohnhaus** such  
Kunden zum Waschen  
und Bügeln bei billiger  
Berechnung. Ang.  
unter Nr. 3680 an den  
Volksfreund.

**Wohnhaus** such  
Kunden zum Waschen  
und Bügeln bei billiger  
Berechnung. Ang.  
unter Nr. 3680 an den  
Volksfreund.

**Wohnhaus** such  
Kunden zum Waschen  
und Bügeln bei billiger  
Berechnung. Ang.  
unter Nr. 3680 an den  
Volksfreund.

**Wohnhaus** such  
Kunden zum Waschen  
und Bügeln bei billiger  
Berechnung. Ang.  
unter Nr. 3680 an den  
Volksfreund.

**Wohnhaus** such  
Kunden zum Waschen  
und Bügeln bei billiger  
Berechnung. Ang.  
unter Nr. 3680 an den  
Volksfreund.

**Schlafzimmer**  
Eiche mit Buchbaum,  
395.—  
Wir haben von einem  
Wohlfühlgeschäft, das auf-  
gekauft wurde, mit and.  
2 Schlafzimmern über-  
nommen. Es handelt sich  
um mod. schwere Mo-  
belle, für welche wir  
10 Jahre Garantie  
übernehmen.  
Der Schrank ist 180  
cm breit, mit Innen-  
spiegel und schweren,  
großen Rundungen, 1/2  
für Kleider, 1/2 für  
Röcke, 1 Polsterstuhl  
mit echt weiß. Wärm.  
2 schwere Bettstellen  
mit Wäuschen und stark  
abgerundeten Ecken, 2  
Nachttische mit Glas-  
platten, 2 Stühle, 1  
Handtuchhalter. Wir  
bieten Ihnen diese Zim-  
mer nur deshalb unter  
unserem Selbstkosten-  
preis an, weil unse-  
ren neuen Möbeln be-  
deutend schöner ausgefal-  
len sind.  
Wenn Sie jedoch ein  
gediegenes u. modernes  
Schlafzimmer suchen,  
glauben wir, daß Sie  
nicht preiswertere Lanien  
finden. Beschäftigen Sie  
also bitte diese beiden  
Zimmer sofort. 3828

**Friedr. Töpfer**  
Nacht. Lotterien-Ein-  
nehmer der dreif. -Stadt  
**Klallen-Lotterie**  
Karlstraße, Kriegsstr. 30  
Ede. Näpferer Str. 10  
Telephon 5286  
Hilf. Gg. Friedrichstr. 22  
348 000 Gewinne  
2 Prämien zu je  
500 000 RM.  
100 Schlussprämien zu  
je 3000 RM.  
Spieltp. 114 260 100 RM.

**V. Klaffe Ziehung:**  
8. August bis 12. Sept.  
Schluß der Erneuerung  
Montag, den 1. August

**Kaffee Bäuer**  
Heute Mittwoch 8.30 Uhr  
**Sonderkonzert**  
Kapelle Ernö Walter  
Einlage 2683  
Rondo brillant für Klavier / Weber  
Tarantella für Klavier / Heller  
Solist: Georg Tröster  
Im II. Teil:  
Unterhaltungsmusik mit Bühnenschaus.  
Morgen  
Donnerstag **Tanz-Abend.**

**Plakate**  
in ein- und mehrfarbiger Herstel-  
lung liefert schnell und preiswert  
die Verlagsdruckerei Volksfreund  
GmbH., Karlsruhe, Waldstraße 29

**Der Wahre Jacob**  
ab 1. Juli dieses Jahres  
**wöchentlich**  
(nicht mehr 14tägig)  
zum Preise von  
**nur 15 Pfennig**  
(nicht mehr 25 Pfennig)

**Ein neues Kapitel wird aufgeschlagen**

Absichten aller Brauhäuser und sonstigen politischen Tollhüusersichentgegenwerfen. Um seine politische Aufgabe zu erfüllen, muß er zur Wochenausgabe übergehen. Der „W.J.“ erscheint im 53. Jahrgang. Proletarier, haltet uns nicht nur weiter die Treue, sondern sorgt für weiteste Verbreitung!